

# Berliner Stimme

SOZIALDEMOKRATISCHE WOCHENZEITUNG

Nr.7/8 - 65. Jahrgang

11. April 2015



Stolperstein-Reihe in der Pariser Straße: Jeder Stein verweist auf ein persönliches Schicksal.  
Foto: Horb

## 8. Mai: Berliner SPD putzt Stolpersteine

**Rund um den 8. Mai werden Mitglieder der Berliner SPD zusammen mit vielen Anwohnerinnen, Anwohnern und Initiativen die Stolpersteine in der Stadt putzen. Der 8. Mai ist – 70 Jahre nach dem Ende der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten – auch ein Tag des Gedenkens an die Opfer der Nazidiktatur, des Holocaust und der Euthanasie.**

„Vielen Berliner Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dies sehr wichtig: die Messing-Steine vom Schmutz befreien und die Namen der Ermordeten und Verfolgten damit wieder sichtbar machen. Sie sollen nicht vergessen werden und uns auch daran erinnern, wofür wir politisch streiten und wirken“, so SPD-Landesgeschäftsführer Dennis Buchner. Viele Berlinerinnen und Berliner seien zwischen 1933 und 1945 vertrieben, enteignet, politisch verfolgt oder in den Gefängnissen und Hinrichtungsstätten in unserer Stadt ermordet worden, so Buchner. „Damals haben viele einfach weggesehen. Die Stolpersteine erinnern an das Schicksal dieser Menschen. Dank des Bildhauers Gunter Demnig ist die Erinnerung an sie deutschlandweit als Gedenkprojekt verewigt.“ Wer sich beteiligen möchte, kann in den SPD-Büros nach Treffpunkten fragen. Oder noch dunkle Stolpersteine selbst mit etwas Essig oder Metallpolitur wieder zum Glänzen bringen. **BS** □

Arbeitsmarkt:

## Mehr gute Jobs in Berlin

Dilek Kolat: Mindestlohn ist ein Erfolg für die Menschen

**Gute Zahlen auch im März: Die Arbeitslosigkeit in Berlin ist weiter gesunken, die Zahl der Arbeitslosen liegt erneut unter der im Vergleichszeitraum des Vorjahres.**

Negative Auswirkungen durch die Einführung des Mindestlohns sind auch in Berlin nicht zu spüren - im Gegenteil, wie Berlins Arbeitssenatorin Dilek Kolat feststellt: „Mit Blick auf die gemeldeten Stellen gibt es in den ersten drei Monaten keine Hinweise auf Einbrüche infolge des Mindestlohns. Der Mindestlohn ist ein Erfolg, denn die arbeitenden Menschen haben dadurch mehr Geld in der Tasche.“

Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen lag im März um rund 1.245 über der des Vorjahres. „Erfreulich ist auch, dass es sich bei den gemeldeten Arbeitsstellen mit steigender Tendenz um sozialversicherungspflichtige Beschäftigung handelt“, erklärte die Arbeitssenatorin. „Im März 2015 waren 92,8 Prozent der zu vermittelnden Stellen sozialversicherungspflichtige Angebote, im Vorjahresmonat waren es noch 91,6 Prozent.“ Nach wie vor komme die Dynamik



Kann sich über gute Zahlen auf dem Arbeitsmarkt freuen: Arbeitssenatorin Dilek Kolat. Foto: Horb

auf dem Arbeitsmarkt auch den Langzeitarbeitslosen und den Jugendlichen zugute.“ Im März 2014 hatte Berlin 68.186 Langzeitarbeitslose. Im März dieses Jahres sind es 4.780 weniger. Auch bei der Jugendarbeitslosigkeit verringert sich die Zahl von März 2014 (18.185) zu März 2015 um 2.072 auf 16.113 arbeitslose Jugendliche unter 25. Mit den neuen Jugendberufsagenturen soll die Zahl weiter verringert werden. **BS** □

siehe auch S. 2 und 5

## „Politische Arbeit schützen“

Jan Stöß: Der Druck, die Täter zu fassen, muss steigen

**Anschläge auf Abgeordnetenbüros und politisch motivierte Sachbeschädigung haben deutlich zugenommen. Das ist das Ergebnis einer Anfrage des SPD-Abgeordneten Tom Schreiber.**

Der Großteil der Anschläge wird auf Partei- und Abgeordnetenbüros verübt. „Die SPD“, so ihr Landesvorsitzender Jan Stöß, „war hiervon in den letzten Jahren besonders betroffen. Fensterfronten werden eingeschlagen, es wird mit Teer und Farbe geworfen oder rassistische Parolen auf Gehwege gesprüht.“

Von 2013 auf 2014 haben sich die Zahlen von 16 auf 33 Übergriffe mehr als verdoppelt. Noch schlimmer, so Stöß, sei es, dass persönliche Bedrohungen im Wohn- und

Familienumfeld zugenommen haben. „Wenn in diesen Fällen kein einziger Täter aufgegriffen wurde, können wir nicht ein-

### IN DIESER AUSGABE:

GRATULATION FÜR HANS NISBLÉ	S. 4
DIE KUNST DEM VOLKE	S. 6
SIEBEN TAGE FÜR DIE REVOLUTION	S. 14
WIELAND: GESCHICHTE AUFARBEITEN	S. 15

fach zur Tagesordnung übergehen. Politische, gesellschaftliche Arbeit verdient wirksamen Schutz vor Gewalt und Einschüchterung. Das gelte für jedes zivilgesellschaftliche Engagement, etwa von Flüchtlingshelfern. Stöß: „Der Druck, die Täter zu fassen, muss steigen.“ **BS** □

Sylvia-Yvonne Kaufmann:

# Europäischer Sozialfonds in der Praxis

## EU zeigt Solidarität mit entlassenen Beschäftigten aus Brandenburg

**In unserer globalisierten Wirtschaft verändert sich das Welthandelsgefüge rasant. Unternehmen verlagern Produktionsstätten und damit Arbeitsplätze ins Ausland, häufig vor allem um Lohnkosten zu sparen. Die weltweite Konkurrenzsituation kann auch dazu führen, dass Unternehmen ganz von der Pleite bedroht sind. Beides hat gravierende Folgen für die Beschäftigten und ihre Familien: Der Verlust des Arbeitsplatzes ist eine persönliche Tragödie, in strukturschwachen Gebieten leidet eine ganze Region unter der Schließung eines Standorts.**

**Grünes Licht für die Unterstützung von entlassenen brandenburgischen Beschäftigten.** Während der letzten Plenarwoche in Straßburg haben wir Europaparlamentarier nun Mittel in Höhe von 1,1 Millionen Euro aus dem „Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung“, auch Europäischer Globalisierungsfonds genannt, freigegeben, um ehemalige Beschäftigte des brandenburgischen Solarmodulherstellers Aleo Solar AG beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben zu unterstützen.

**Brandenburger Unternehmen unter globalem Wettbewerbsdruck.** Die Aleo Solar AG aus Prenzlau konnte letztendlich dem Preisdruck aus China nicht mehr standhalten. Der chinesische Anteil am weltweiten Umsatz mit Solarmodulen ist mittlerweile auf mehr als 45 Prozent gestiegen, die Preise für Solarmodule sind allein von 2010 auf 2011 um 40 Prozent zurückgegangen. Damit lagen sie zuletzt unter den Produktionskosten der Aleo Solar AG, der bisherige Betrieb konnte nicht mehr aufrecht erhalten werden. Circa 150 ehemals Beschäftigte wurden vom Nachfolgeunternehmen eingestellt, knapp 450 verloren dagegen ihren Job und werden



Sylvia-Yvonne Kaufmann ist Berliner Europa-abgeordnete. Foto: Europäisches Parlament

nun mit Mitteln aus dem Globalisierungsfonds unterstützt.

**Europäischer Globalisierungsfonds hilft im konkreten Einzelfall.** Die EU hat den Europäischen Globalisierungsfonds im Jahr 2007 geschaffen. Er soll in konkreten Fällen, in denen eine große Anzahl von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern durch die Schließung eines Standortes ihren Arbeitsplatz verloren haben, eine maßgeschneiderte Unterstützung für diese beim Wiedereinstieg ins Arbeitsleben leisten. Mit einem maximalen Budget von 150 Millionen Euro pro Jahr können mit Mitteln aus diesem Fonds bis zu 60 Prozent der Kosten für Projekte unterstützt werden, die entlassenen Beschäftigten helfen, eine neue Arbeit zu finden, eine Weiterbildung durchzuführen oder sich selbständig zu machen. Seit der Einführung wurden mehr als 100.000 Beschäftigte, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, mit Mitteln aus dem Fonds unterstützt. Das ist richtig und wichtig, denn der Globalisierungsfonds ist Ausdruck gelebter Solidarität.

**Europäischer Sozialfonds investiert in Zukunftsfähigkeit europäischer Arbeits-**

**plätze.** Neben dieser konkreten Hilfe in Fällen, in denen die Arbeitsplätze leider schon verloren gegangen sind, muss es eine unserer Hauptaufgaben sein, Arbeitsplätze in Europa langfristig zu sichern. Ein wichtiges Instrument hierfür sind die Mittel aus dem EU-Strukturfonds, insbesondere aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die EU unterstützt mit ESF-Mitteln von circa 10 Milliarden Euro pro Jahr Projekte, die die Beschäftigungsaussichten von Millionen Europäern verbessern. So werden beispielsweise niedrig qualifizierte Arbeitssuchenden Schulungen angeboten, Jugendliche beim Übergang von Schule zum Beruf unterstützt, die berufliche Weiterbildung gefördert oder auch Existenzgründerinnen und Existenzgründern beim Schritt in die Selbständigkeit beraten. All diese Maßnahmen dienen der nachhaltigen Förderung von Beschäftigung in Europa und spielen vor allem in der derzeitigen Krise eine wichtige Rolle, um den Anstieg von sozialer Ungleichheit und Armut in Europa bekämpfen zu helfen.

Sylvia-Yvonne Kaufmann □

## POLITIK PERSÖNLICH

**Ben Wagin,** Künstler, Galerist und Umweltaktivist hat zu seinem 85. Geburtstag auch Glückwünsche des Regierenden Bürgermeistermeisters Michael Müller erhalten. Müller: „Diese Stadt sähe ohne ihn und sein nachhaltiges Engagement anders aus: ohne seine Baumpflanzungen, ohne seine Denkmale, ohne seine Interventionen. Wir brauchen Menschen wie ihn, die Politik, Natur und Kunst zusammendenken und die niemals müde werden, sich einzumischen, Stellung zu beziehen und manchmal auch unbequem zu sein.“ BS □

## Mindestlohn ohne Probleme

### Konjunkturprognosen zeigen Aufwärtstrend

**In seiner jüngsten Konjunkturprognose hat das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung seine Erwartungen für die Arbeitsmarktentwicklung noch einmal etwas angehoben - so wie viele andere Wirtschaftsforscher derzeit auch.**

Der günstige Trend liefere starke Indizien dafür, dass die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns bislang keine messbaren Auswirkungen auf

die gesamtwirtschaftliche Beschäftigung hatte, betont Prof. Dr. Gustav A. Horn, der wissenschaftliche Direktor des IMK: „Von den Horrorszenarien, die einzelne im Vorfeld heraufbeschworen haben, ist in der Realität nichts zu entdecken. Das überrascht auch nicht, weil der deutsche Mindestlohn im europäischen Vergleich moderat ausfällt und vorsichtig eingeführt wurde.“ Probleme bereiten aus Sicht der Böckler-Stiftung nur die Firmen, die versuchen, den Mindestlohn zu umgehen. BS □

### Berliner Stimme

**Herausgeber:** SPD Landesverband Berlin  
**Verlag:** wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Redaktion:** Ulrich Horb (V.i.S.d.P.), Tel.: 030-4692 150, Fax: 030-4692 240, E-Mail: berliner.stimme@spd.de, Post: Müllerstr. 163, 13353 Berlin

**Abo-Service:** Jürgen Thomas, Tel.: 2130 870, E-Mail: berliner.stimme@wegewerk.de  
Abonnementspreis: 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail), 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post)

**Druckerei:** KORRekt Mailingservice Berlin

Woche gegen Rassismus:

# Sommerfest der Religionen?

## Saleh und Müller besuchten Synagoge und Moschee

Anlässlich der Woche gegen Rassismus besuchten der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh die Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg und im Anschluss die Neuköllner Cehitlik-Moschee. Den beiden SPD-Politikern ging es bei ihrem Besuch darum, ein deutliches Zeichen für Toleranz zu setzen. „Berlin ist eine durch Offenheit und Toleranz bestimmte Metropole, in der Menschen aus aller Welt friedlich zusammenleben. Wir müssen gerade in diesen Tagen Gesicht zeigen gegen jede Form rassistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Gewalt und den Dialog miteinander suchen“, sagte der Regierende Bürgermeister.

Die Synagoge am Fraenkelufer passte schon mit Blick auf ihre Geschichte zum Anlass des Besuchs. Von dem Bau aus dem Jahr 1916 ist noch ein Nebenraum, die frühere Jugendsynagoge erhalten, denn sie wurde bereits in der Pogromnacht in Brand gesetzt und später bei einem Luftangriff weiter zerstört. Heute wird das Gemeindeleben jeden Tag interessanter. Menschen aus aller Welt, darunter viele Israelis, nutzen den Bau heute.

### BERLIN ALS HEIMAT

Eine lebendige Jugendarbeit und der Austausch mit den anderen Religionen beeindruckten Müller und Saleh. „Was gibt es für ein schöneres Kompliment für Berlin, als wenn es Juden aus aller Welt hier hinzieht. Berlin ist nicht nur eure Heimat, sondern sollte auch die Heimat eurer Kinder und Enkel sein“, sagte Raed Saleh. Kontakte hält die jüdische Gemeinde auch mit der Cehitlik-Moschee, die die beiden Politiker im Anschluss besuchten.

Auch sie ist mit der Geschichte Berlins eng verbunden und geht auf den Türkischen Friedhof zurück, der schon 1866 an gleicher Stelle angelegt worden war. Im neu eröffneten Gemeindehaus besuchten Müller und Saleh eine Ausstellung über die preußisch-osmanischen Beziehungen.

### MÜLLER FÜR STAATSVERTRAG MIT MUSLIMEN - SALEH WIRBT FÜR „MOSCHEESTEUER“

Der Regierende Bürgermeister befürwortete erneut einen Staatsvertrag des Landes Berlin mit den muslimischen Verbänden, so wie ihn die christlichen Kirchen und die jüdische Gemeinde schon heute haben. Ein solcher Vertrag brauche erfahrungsgemäß



Besuch in der Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg: Nina Peretz vom Verein „Freunde des Fraenkelufers“, Raed Saleh, Michael Müller, Gideon Joffe, Vors. der jüd. Gemeinde Berlin.

Foto: Chris Landmann

einige Jahre Zeit, bis er verhandelt und abgeschlossen ist. Daher werde er voraussichtlich in der nächsten Legislaturperiode Realität. Raed Saleh wirbt für eine „Moscheesteuer“ nach dem Vorbild der Kirchensteuer. Sie würde die muslimischen Verbände unabhängiger von ausländischen Geldgebern machen - und so einen europäisch geprägten deutschen Islam stärken. Er plädiert auch für eine Ausbildung von Imamen in Deutschland, weil sie die deutsche Kultur und Gesellschaft besser verstehen.

Den Weg zu einer „Moscheesteuer“ können die muslimischen Gemeinden selbst gehen: Religionsgemeinschaften können sich als Körperschaften des öffentlichen Rechtes anerkennen lassen, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllen. Danach können sie selbst Steuern erheben. Die großen Kirchen lassen ihre Steuern von Finanzämtern gegen eine Verwaltungsgebühr einziehen. Andere Religionsgemeinschaften ziehen ihre Steuern selbst ein.

### EIN FEST DER RELIGIONEN

In beiden Gotteshäusern machte der SPD-Fraktionsvorsitzende Saleh den Vorschlag, dass alle Berliner Religionen ein gemeinsames Sommerfest ausrichten könnten, vielleicht am Alexanderplatz oder am Brandenburger Tor. Es würde Touristen und Berliner gleichermaßen anziehen. Spontan machte Pinar Cetin vom Berliner Integrationsbeirat einen Vorschlag, wer Schirmherr eines solchen Festes sein könnte: der Regierende Bürgermeister Michael Müller. **ff** □

Humboldt-Forum:

## Müller begrüßt Berufung MacGregors

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat die Berufung des Briten Neil MacGregor zum Leiter der Gründungsintendanz des Humboldt-Forums begrüßt. Der Bau habe längst Gestalt angenommen, nun habe das Humboldt-Forum auch ein Gesicht, sagte Müller.

„Mit dem international renommierten Museumsexperten Neil MacGregor gewinnt die deutsche Hauptstadt eine hochkompetente und kreative Persönlichkeit für die Gestaltung ihres zentralen Kulturprojekts Humboldt-Forum. Zusammen mit Horst Bredekamp und Hermann Parzinger wird die Gründungsintendanz unter Leitung des bisherigen Direktors des angesehenen British Museum diesem Haus im Herzen unserer Stadt den Weg weisen“, sagte Müller. Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit der Gründungsintendanz und auf den Diskussionsprozess: „Ich bin sicher, dass Neil MacGregor diesen Prozess mit seinem persönlichen Input bereichern wird. Spannende Debatten und ein kreativer Prozess zur Ausgestaltung des Humboldt-Forums stehen uns also bevor.“ **PM** □

19. April:

## DGB-Gedenken in Sachsenhausen

Der DGB Berlin-Brandenburg erinnert mit einer Gedenkveranstaltung für verfolgte Gewerkschafter am 19. April an den 70. Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des KZ Sachsenhausen.

Am 2. Mai 1933, vor 82 Jahren, haben die Nazis mit der Erstürmung der Gewerkschaftshäuser die legitime Vertretung der deutschen Arbeitnehmerschaft brutal zerschlagen. Sie haben Gewerkschaftsfunktionäre eingekerkert, gefoltert und ermordet.

Der DGB will mit der Veranstaltung auch der 60 Millionen Kriegstoten, der über sechs Millionen ermordeten Juden und der zahlreichen weiteren Opfer, die in den Konzentrationslagern endeten, gedenken. Im Angesicht und Gedenken dieses Terrors könnten es die Gewerkschaften nicht hinnehmen, dass alte und neue Nazis die Gewerkschaften und die ganze demokratische Öffentlichkeit mit eigenen Aufmärschen und Kundgebungen provozieren und die Opfer des NS-Regimes verhöhnern, heißt es in einer Erklärung. **PM** □

➔ 19.04.2015, 14:30 Uhr in der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der Nationen 22, 16515 Oranienburg, am Gedenkstein für die Gewerkschafter/innen

## Sozialpolitik:

# „Eine soziale Institution“

## Empfang der Arbeiterwohlfahrt für Hans Nisblé - Marie-Juchacz-Plakette verliehen

„Wir sind hier zusammen gekommen, um etwas Ehrwürdiges zu begehen. 70 Jahre Hans Nisblé. Eine Institution - und zwar eine soziale Institution.“ So würdigte Berlins früherer Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit den AWO-Landesvorsitzenden, zu dessen Ehren Ende März ein Geburtstagsempfang stattfand, an dem auch der Regierende Bürgermeister Michael Müller und der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß teilnahmen.

Hans Nisblé sei jemand, der über die vielen Jahrzehnte seines Schaffens bodenständig geblieben sei, bescheinigte ihm Klaus Wowereit. SPD und Arbeiterwohlfahrt, beides Organisationen, in denen Hans Nisblé seit den sechziger Jahren zu Hause ist, hätten eines mit ihm gemeinsam: ihre Programmatik. „Diese Programmatik hast du für dich selber auch immer zum Maßstab deines politischen und sozialen Engagements gemacht. Die soziale Gerechtigkeit. Das war für dich das Leitmotiv“, so Klaus Wowereit. „Der soziale Aufstieg, den wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und selbstverständlich als Freundinnen und Freunde der Arbeiterwohlfahrt immer auf unsere Fahnen schreiben - du hast ihn gemacht - aber es war nicht selbstverständlich.“

Als Kreisgeschäftsführer der SPD, als Abgeordneter, Sozialstadtrat und schließlich als Bürgermeister war Hans Nisblé dem Wedding verbunden. „Die Sozialdemokratie war im Wedding immer, nicht nur aus tra-



Der frühere Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit dankte dem langjährigen AWO-Landesvorsitzenden Hans Nisblé für sein soziales Engagement. Fotos: Axel Sommer/AWO



Hans Nisblé erhielt von AWO-Präsident Wilhelm Schmidt und dem Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Wolfgang Stadler die Marie-Juchacz-Plakette.

ditionellen Gründen, sondern ganz bewusst eine sehr pragmatische Organisation, die daran geglaubt hat, dass den Menschen direkt geholfen werden kann“, erinnerte Klaus Wowereit. „Und das war dein Ansinnen, etwas zu tun, damit soziale Gerechtigkeit eben nicht nur auf dem programmatischen Papier steht, sondern dass es sich in der Praxis umsetzt.“

Hans Nisblé habe sich für die Menschen eingesetzt, die Hilfe brauchten. Seine Arbeit und die der SPD habe ihre soziale Situation verbessert. Klaus Wowereit: „Neben allen Orden und Auszeichnungen, die du in deinem bisherigen Lebensweg reichlich erhalten hast, ist es oft auch der einfache Dank von Mensch, denen du heute nochmal bezeugst und die dir sagen: Sie

waren ein toller Vertreter im Bezirksamt. Sie haben etwas für uns, für mich getan. Ich glaube dieser Dank und dieses Lob ist viel mehr Wert als alles andere.“

„Wenn man etwas für die Arbeiterwohlfahrt geleistet hat, dann hat man auch etwas für die Menschen gemacht, in dieser Stadt und weit darüber hinaus. Wir sind dir sehr dankbar“, sagte der Präsident der Arbeiterwohlfahrt Wilhelm Schmidt. Er dankte Hans Nisblé „ganz offiziell“ mit der Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette für „das Unglaubliche“, das Hans Nisblé für die Arbeiterwohlfahrt eingebracht habe. Die Marie-Juchacz-Plakette wird seit 1969 als höchste Auszeichnung der AWO vom Präsidium der Arbeiterwohlfahrt verliehen.

BS □

## Umfragen:

## Michael Müller ist am beliebtesten

Die Sympathiewerte für Berlins neuen Regierenden Bürgermeister Michael Müller sind auch im neuesten Berlin-Trend von RBB und Berliner Morgenpost auf einem Rekordstand.

52 Prozent der Berlinerinnen und Berliner sind zufrieden mit den ersten drei Monaten von Müllers Amtszeit, nur elf Prozent zeigen sich unzufrieden. Drei Viertel der SPD-Wähler stehen hinter Michael Müller und selbst bei den CDU-Wählerinnen liegt die Zustimmung bei 62 Prozent.

In der aktuellen Infratest-dimap-Umfrage erreicht die SPD in Berlin bei leichtem Zugewinn 28 Prozent und bleibt damit vor der CDU (26 Prozent), Grünen (18 Prozent), Linken (14 Prozent) und AfD (5 Prozent) stärkste Kraft. Die Piraten bleiben unter 5 Prozent. BS □

## Lichtenberg:

## SPD-Fraktion sorgt für Willkommenskultur

Flüchtlinge sollen sich in Lichtenberg willkommen fühlen. Das will die SPD-Fraktion mit einer Reihe von Anträgen unterstützen, die am 24. April auf der BVV-Tagesordnung stehen.

So setzt sich die SPD-Fraktion für die Veröffentlichung eines Spendenmelders ein. Dieser soll Auskunft darüber geben, wo welche Sachspenden benötigt werden. Außerdem soll über die Möglichkeit von Beitragspatenschaften informiert werden.

In einer weiteren Initiative fordert die Fraktion, dass Flüchtlinge Zugang zu kulturellen Angeboten erhalten. Um beispielsweise Arztbesuche oder Behördengänge zu tätigen, sollen notwendige Fahrtkosten übernommen werden. In zwei weiteren Anträgen geht es um eine bessere gesundheitliche Versorgung von Flüchtlinge. BS □

## Gesundheit:

## Kein Bettenabbau an der Charité

Die geplanten Bettenstreichungen an der Charité sind angesichts des Wachstums der Stadt vom Tisch.

Die Gesamtzahl der voll- und teilstationären Betten an den drei Standorten Mitte, Wedding und Steglitz wurde auf 3.016 (bisher 3.011) festgelegt, inklusive 15 tagesklinischen Plätzen für das Behandlungszentrum für Folteropfer in Moabit. Wissenschaftssenatorin Sandra Scheeres: „Die erfolgte Einigung zu den Bettenkapazitäten schafft die Voraussetzung dafür, dass die Charité auch künftig einen adäquaten Beitrag für eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung leisten und ihren seit einigen Jahren eingeleiteten Weg der wirtschaftlichen Konsolidierung erfolgreich fortsetzen kann.“ BS □

Jugendberufsagenturen:

# Kein Abschluss ohne Anschluss

Franziska Becker: Intelligente Lösung für den Übergang Schule - Beruf

**Endlich steht es fest: Berlin erhält noch in diesem Jahr eine Jugendberufsagentur. Die rot-schwarze Koalition hatte dem Senat einen parlamentarischen Auftrag erteilt. Er hat die Einrichtung der Jugendberufsagentur Berlin (JBA) am 17. März 2015 beschlossen.**

Trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung braucht Berlin einen wirksamen Weg, um die immer noch zu hohe Jugendarbeitslosigkeit von aktuell 10,3 Prozent zu reduzieren. Die JBA Berlin ist ein intelligenter Lösungsansatz, um unterschiedlich tickende Teilsysteme mit individuellen Zielen und Leistungen besser in Einklang zu bringen. Sie setzt am Übergang Schule-Beruf an, um mehr jungen Berlinerinnen und Berlinern zu einem erfolgreichen Start in das Berufsleben zu verhelfen. Die Übergänge von der Schule in die Ausbildung, die Arbeit oder das Studium sollen im Sinne von „Kein Abschluss ohne Anschluss“ besser ermöglicht werden.

Die ersten vier Jugendberufsagenturen starten ab dem Spätsommer in Spandau, Tempelhof-Schöneberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Marzahn-Hellersdorf. Bis Ende 2016 soll jeder Bezirk eine regionale Anlaufstelle umsetzen und eigene gut funktionierende Strukturen zu einem Arbeitsbündnis zusammenführen, die gut erreichbar und zentral gelegen sind. Die auf der Landesebene vereinbarten Mindeststandards gelten als Maßstab und sind einzuhalten.

Aus dem Landeshaushalt werden die Bezirke mit 300.000,- Euro und weiteren personellen Hilfen umfangreich unterstützt.



*Franziska Becker, MdA Wilmersdorf, ist Mitglied im Hauptausschuss und Beauftragte für Berufliche Bildung der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin. Foto: Dietmar Wadewitz*

Die Regionaldirektion Berlin-Brandenburg setzt rund 500 Mitarbeitende ein.

Berlinerinnen und Berliner zwischen 15 und 25 Jahren werden in der JBA Berlin beruflich beraten, betreut, in Ausbildung oder Arbeit vermittelt und können auf die Leistungen der Jugendhilfe nach Bedarf zurückgreifen. Der möglicherweise komplexen Problemlage einzelner Jugendlicher wird das ebenso komplexe Unterstützungssystem „unter einem Dach“ und „aus einer Hand“ zur Seite gestellt.

Durch die JBA Berlin sollen die schulischen Angebote der Berufs- und Studienorientierung besser verzahnt, sollen mehr Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüsse gelingen, soll mehr Licht in den „Maßnahmenschungel“ gebracht werden und die Wartezeit im Übergangssystem verkürzt und alles in allem mehr zu einer „si-

cheren Landung“ in Ausbildung oder Arbeit führen.

Konzeptionell ist die JBA Berlin ein Arbeitsbündnis zwischen der Bildungs- und Arbeitsverwaltung, der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit, den Bezirken und nicht zuletzt der Wirtschafts- und Sozialpartner. Die Ziele und Qualitätsstandards der JBA Berlin wurden nach einem zehnmonatigen Verhandlungsmarathon in einer landesweiten Kooperationsvereinbarung fixiert.

Es entsteht keine neue Behörde, keine neue Verwaltungsstruktur. Vorhandene Mittel sollen systematischer als bisher koordiniert sowie effizienter und effektiver eingesetzt werden. Alle Kooperierenden bleiben für ihre Personal-, Sach- und Finanzmittel jeweils eigenverantwortlich.

In der Konsequenz stellt die JBA Berlin nicht nur einen innovativen Ansatz gegen Jugendarbeitslosigkeit und für mehr Chancengleichheit dar, sondern spiegelt ein generelles Umdenken in der Politik wider: Komplexe Politikziele können nur in gemeinsamer Verantwortung und systemübergreifend erreicht werden. Der junge Mensch steht stets im Mittelpunkt (und nicht die Maßnahme).

Die JBA Berlin ist eine sozialdemokratische Initiative, die zuerst in Hamburg erfolgreich umgesetzt wurde. Wir übernehmen mit der JBA Berlin Verantwortung und ermöglichen mehr Aufstiege durch Bildung und mehr Chancengleichheit für junge Berlinerinnen und Berliner in der wachsenden Stadt.

**Franziska Becker** □

Kontakt: [www.becker2011.de](http://www.becker2011.de)

Landeswahlordnung:

## Besserer Schutz der Privatsphäre von Politikern

Sven Kohlmeier: Angriffe und Demonstrationen vor Privatwohnungen sollen eingedämmt werden

**Die im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien haben einen besseren Schutz der Privatanschriften von Kandidaten und Politikern beschlossen. Anlass waren Übergriffe auf demokratisch gewählte Abgeordnete wie den stellvertretenden Juso-Vorsitzenden und Bezirksverordneten in Treptow oder Schmierereien und Angriffe auf Wohnungen von Abgeordneten. Zuletzt demonstrierte die rechtsgerichtete Bürgerbewegung in Hellersdorf vor dem Wohnhaus der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und versetzte Anwohner in Angst und Schrecken.**

Nach der bisherigen Rechtslage waren Kandidaten für das Abgeordnetenhaus

und die Bezirksverordnetenversammlung verpflichtet, ihre Privatanschrift an die Landeswahlleiterin zu melden. Diese erscheint z.B. auf Wahlzetteln, wird aber auch auf Wählerlisten veröffentlicht. Künftig sind Kandidaten nicht mehr verpflichtet, ihre Wohnanschrift anzugeben, ausreichend ist dann eine Erreichbarkeitsanschrift. Dies kann z.B. das örtliche Parteibüro, das eigene Wahlkreisbüro, aber auch die Privatanschrift sein. Auf dem Wahlzettel wird künftig nicht mehr die Wohnanschrift, sondern nur noch die Postleitzahl der Wohnanschrift veröffentlicht. Der Senat wurde aufgefordert, die Landeswahlordnung entsprechend zu ändern.

Der rechtspolitische Sprecher der SPD-

Fraktion Sven Kohlmeier, der den Antrag mit den Fraktionen verhandelt hat: „Es gibt keine absolute Sicherheit für Kandidaten und Politiker. Mit der Änderung steigt aber die Hürde, die Privatanschrift herauszubekommen. Wir wollen nicht, dass Politiker und deren Familien durch die Veröffentlichung der Privatanschrift angegriffen und verfolgt werden, wie es mehrfach vorgekommen ist.“ Wie die Landeswahlleiterin mitteilte, haben bei den letzten Wahlen von 15 NPD-Kandidaten 13 als Wohnanschrift die Parteizentrale in Köpenick angegeben. Kohlmeier: „Dass die Kandidaten dort tatsächlich wohnen, darf bezweifelt werden. Zukünftig gelten für alle Kandidaten die gleichen Maßstäbe.“ **BS** □

Kultur:

# Die Kunst dem Volke

## Die Freie Volksbühne feiert ihr 125jähriges Bestehen - Ausstellung eröffnet

**Am Anfang stand eine Zeitungsnotiz. Im Berliner Volksblatt vom 23. März 1890 rief der Schriftsteller Dr. Bruno Wille theaterinteressierte Arbeiterinnen und Arbeiter auf, an der Gründung eines Vereins „Freie Volks-Bühne“ mitzuwirken. Gegen einen Vierteljahresbeitrag von 1,50 Mark sollte der Besuch von drei Vorstellungen möglich sein. „Läuft eine genügende Anzahl von Adressen ein, so ist ein Unternehmen gesichert, welches zur geistigen Hebung des Volkes etwas beitragen kann“, schrieb Wille.**

Die Interessenten fanden sich. In gemieteten Theaterräumen brachte der Verein Aufführungen auf die Bühne, die - da es sich um geschlossene Veranstaltungen handelte - nicht der preußischen Zensur unterlagen. Aber schon bald begann eine Auseinandersetzung, die 1892 zur Spaltung führte. Während Wille auf die „geistige Hebung“ setzte, kam es Franz Mehring mehr auf die Erhebung des Volkes und ein klassenkämpferisches Theater an. Erst 1920 fanden die beiden Vereine wieder zusammen. Bruno Willes „Neue Freie Volksbühne“ pachtete 1910 erstmals ein Theater an der Köpenicker Straße, vier Jahre später wurde mit Mitgliedsbeiträgen das Theater am heutigen Rosa-Luxemburg-Platz fertig



SPD-Kulturpolitikerin Brigitte Lange mit Frank-Rüdiger Berger in der Ausstellung. Foto: Horb

gestellt. Dort machte sich in den zwanziger Jahren Erwin Piscator mit seinem anspruchsvoll politischen Theater einen Namen.

Prof. Dr. Dietger Pforte, Vorstandsvorsitzender der Freien Volksbühne, wies bei der Ausstellungseröffnung auf die wechselvolle Geschichte des Vereins hin. 1933 wurde die Volksbühne dem Goebbelschen Reichsverband Deutsche Bühne unterstellt, 1939 wurde der Verein von den Nazis aufgelöst, das Vermögen fiel an den Staat. Die Neugründung 1947 war schon von der Teilung der Stadt geprägt, in Ost-Berlin wird der Verein 1953 aufgelöst. Wieder wird aus Mitgliedsbeiträgen ein Theater gebaut,

diesmal an der Schaperstraße in West-Berlin, nach dem Wegfall der öffentlichen Förderung 1992 muss der Verein das Haus, das in den sechziger Jahren erneut von Erwin Piscator erfolgreich geleitet wurde, Ende der neunziger Jahre verkaufen. Heute ist es das Berliner Festspielhaus.

In der Nachkriegszeit setzte die Freie Volksbühne mit ihren aufklärerischen Inszenierungen Zeichen. Auch die Aufarbeitung der NS-Zeit war ein wichtiges Anliegen. 1961 hatte der Verein 100.000 Mitglieder, eine heute kaum vorstellbare Zahl, wie Frank-Rüdiger Berger, stellvertretender Vorsitzender der Freien Volksbühne und Ausstellungsorganisator, einräumt. Aber lebendig ist der Verein geblieben. Mehr als 10.000 Veranstaltungen bietet er im Jahr seinen Mitgliedern an. Verbilligt geht es in Opernhäuser, Theater, aber auch zur freien Szene. Dietger Pforte: „Die Freie Volksbühne Berlin ebnet Erwachsenen, Jugendlichen und Kindern den Zugang zu künstlerischen Veranstaltungen. Sie wählt aus. Sie informiert. Sie berät.“

**U. Horb** □

➡ Ausstellung „125 Jahre Freie Volksbühne Berlin, Ruhrstr. 6, 10709 Berlin, bis 19. September, 10 bis 18 Uhr. Führungen von Frank-Rüdiger Berger: Montag, 20 April, 18 Uhr; Dienstag, 2. Juni, 16.30 Uhr; Montag, 22. Juni, 18.30 Uhr

Kultur:

# „Nicht am eigenen Ast sägen“

## Freie Szene in Berlin kämpft um Arbeitsräume und finanzielle Mittel - Mittel aus City-Tax eingefordert

**Was brauchen Kulturschaffende, um gut leben und arbeiten zu können? Welche Rahmenbedingungen sind aus ihrer Sicht zu schaffen? Was läuft gut und wo drückt der Schuh?**

Dies waren zentrale Fragen der Diskussion „SPD-Bundestagsfraktion vor Ort“ im ACUD, zu der Eva Högl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion und zuständig für Kultur und Medien, und Siegmund Ehrmann, Vorsitzender des Kulturausschusses im Deutschen Bundestag, eingeladen hatten. Das von Johannes Braun und Julie Gayard betriebene ACUD ist eines der letzten selbstorganisierten Kulturzentren in Berlin-Mitte.

„Man sollte nicht an dem Ast sägen, auf dem man sitzt“, so die Maxime von Kulturstaaatssekretär Tim Renner. Sowohl für Künstlerinnen und Künstler als auch für Touristinnen und Touristen ist die einzigartige Kultur ein Anziehungspunkt, der Berlin zu der prosperierenden Hauptstadt macht, die sie gerade ist. Die attraktiven Le-



Diskussionsrunde zur sozialen Lage der Kultur mit Eva Högl. Foto: Horb

bensverhältnisse sind Standortvorteile für Unternehmen, die sich hier ansiedeln und für eine gesamtwirtschaftlich positive Entwicklung sorgen. Kulturförderung ist also ein ressortübergreifendes Interesse. Die Parlamentarierinnen und Parlamentarier stimmten zu: Brigitte Lange skizzierte, welche Fördermöglichkeiten bereits bestehen: Zum Beispiel das Atelierprogramm des Berliner Senats, mit dem rund 850 Ateliers

unterstützt werden. Viele der anwesenden Künstlerinnen und Künstler schilderten ihre Schwierigkeiten bei der Suche oder beim Erhalt ihrer Wirk- und Werkstätten. Angesprochen wurden auch fehlende Freiflächen für Graffiti-Künstler/-innen.

Insgesamt mehr Investitionen in den Kulturbereich forderte Christophe Knoch, Sprecher der freien Szene. Die Förderung dürfe nicht zugunsten oder zulasten einer Sparte gehen. Die Vielfalt der Szene mache sie aus und dürfe nicht gefährdet werden. Gleichmäßige Förderung sei das Ziel, zum Beispiel indem die Einnahmen aus der City-Tax wie ursprünglich geplant weitgehend auch in die Kultur investiert werden.

Tim Renner und Brigitte Lange bekräftigten, dass sie sich im Rahmen der anstehenden Haushaltsverhandlungen für den Berliner Doppelhaushalt 2016/2017 gemeinsam für eine starke Kulturförderung einsetzen werden. Siegmund Ehrmann sicherte zu, Problemen bei der Sozialversicherungspflicht nachzugehen. **S. Jüngst** □

Abteilungen:

# 150 gute Gespräche

Die SPD Friedenau lädt regelmäßig die Nachbarschaft ein

**Zum 150. Friedenauer Gespräch kamen sie alle: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller, der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß, die Senatorin und Kreisvorsitzende Dilek Kolat, Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler. Dazu Stadträte, Bezirksverordnete.**

Seit dem Mai 2000 lädt die Friedenauer SPD in der Regel am letzten Freitag im Monat Bürgerinnen und Bürger zum Gespräch. In den 15 Jahren haben inzwischen 150 solcher Gespräche an immer wieder wechselnden Treffpunkten in Kneipen, Bistros und Restaurants stattgefunden, zuletzt im Brigantino von Giovanni.

Es sind meist kommunalpolitische Themen, die angesprochen werden: Parkraumbewirtschaftung, Schulwegsicherung, Umgestaltung von Plätzen wie dem Dürerplatz oder aktuell dem Breslauer Platz, sanierungsbedürftige Toilettenanlagen in Schulen. Immer stehen dazu kompetente GesprächspartnerInnen zur Verfügung, Abgeordnete oder Bezirksverordnete.

Margot Przesang, Organisatorin der Veranstaltungsreihe, kündigt die Friedenauer Gespräche regelmäßig auf Haustür-Plakaten



Die SPD-Kreisvorsitzende Dilek Kolat bedankt sich bei der Organisatorin der „Friedenauer Gespräche“ Margot Przesang (2.v.r.). Foto: Horb

ten in der Nachbarschaft an. Für sie und ihren Mann Norbert, der am Abend des 150. Friedenauer Gesprächs gleich seinen Geburtstag mitfeierte, gab es viel Dank und Anerkennung. „Die Friedenauer Gespräche dienen dazu, Kritik, Vorschläge und Anregungen frühzeitig aufzugreifen und wenn möglich umzusetzen“, sagt Margot Przesang. Nicht zuletzt seien die Gespräche aber auch innerparteilich eine gute Möglichkeit, außerhalb der strukturierten Veranstaltungen miteinander ins Gespräch zu kommen. **PM □**

Programmdebatte:

## Duales Studium und Ausbildung

**Der Fachausschuss „Stadt des Wissens“ (Schule, Wissenschaft/Hochschule und Berufliche Bildung) der Berliner SPD lädt am Mittwoch, 15. April um 19.00 zu einer Diskussion über „Duales Studium und Ausbildungsgänge in Berlin - Chancen und Perspektiven“ ein.**

Über die „Hybridisierung von beruflicher und akademischer Bildung?“ spricht Prof. Dr. Wolter (HUB) im Eingangsreferat. Prof. Dr. Sabine Gensior referiert über „Duale Studiengänge aus der Sicht der Hochschulen“, Prof. Dr. Kramp (Vize-Präsident Beuth Hochschule) über „Vom Experiment zur gelebten Praxis der dualen Studien“ und Dr. Krebs über „Berufsbildende Anforderungen an duale und triale Ausbildungs-/Studiengänge“. Annika Klose (Juso HSGen Bund) greift das Thema „Zwischen beruflicher Weiterqualifikation und wissenschaftlichem Studium“ aus. Die Veranstaltung ist fachöffentlich und findet auf Einladung der Abgeordneten Franziska Becker, Ina Czyborra und Lars Oberg im Abgeordnetenhaus von Berlin, Raum 376, statt. **PM □**

Pankow:

## Entscheidung über den Kreisvorsitz

**Nach dem Rücktritt des langjährigen Kreisvorsitzenden Alexander Götz will die Pankower SPD noch im April über die Nachfolge entscheiden. Götz hatte sein Amt aus beruflichen Gründen zum 31. März niedergelegt. Er wechselt ins niedersächsische Innenministerium.**

Die Pankower SPD will jetzt ein Votum ihrer Mitglieder einholen. Auf drei Mitgliederforen in Pankow, Prenzlauer Berg und Weißensee werden sich die Kandidatinnen und Kandidaten für den Kreisvorsitz vorstellen. Im Anschluss können die Mitglieder vor Ort ihre Stimme abgeben. Ihre Bereitschaft zur Kandidatur haben bislang die bisherigen stellvertretenden Kreisvorsitzenden Clara West und Knut Lambertin erklärt. Der Abstimmungsvorgang über den Kreisvorsitz wird unter der Aufsicht eines Notars stehen. Eine doppelte Stimmabgabe soll damit ausgeschlossen werden.

Entsprechend der Statuten der SPD muss die Wahl am 17. April auf einer Kreisdelegiertenversammlung erfolgen. Sie soll die Entscheidung der Pankower Mitgliederforen bestätigen. **PM □**

## FRAKTION INTERN

**Veranstaltung zum Bäderkonzept.** In der Reihe Fraktion vor Ort haben wir am 9. April zur Veranstaltung „Das Bäderkonzept 2025 - Ein neues Multifunktionsbad für Pankow“ eingeladen. Im Betsaal des Ehemaligen Jüdischen Waisenhauses in der Berliner Straße wurde das neue Bäderkonzept des Senats vorgestellt und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern diskutiert, was es konkret für den Bezirk Pankow bringt. Ole Bested Hensing, Vorstandsvorsitzender der Berliner Bäder-Betriebe; Torsten Schneider, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion; Dennis Buchner, Sportpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Dr. Hans Misselwitz, Förderverein Schwimmhalle Pankow e.V. waren Podiumsgäste.

SPD-Fraktionschef Raed Saleh hatte den Standort für das neue Schwimmbad auf seiner SIWA-Tour besucht. Aus dem Sondervermögen Infrastruktur der wachsenden Stadt (SIWA) fließen in den nächsten Jahren über 30 Millionen Euro für ein neues Multifunktionsbad an der Wolfshagener Straße.

Die Standortauswahl trägt der Unterversorgung im einwohnerreichsten Bezirk Berlins Rechnung und dem Umstand, dass der Platz für ein Kombibad vorhanden ist, die neue Schwimmhalle also das bestehende Sommerbad ideal ergänzt. Außerdem können in derselben Schwimmhalle verschiedene Nutzergruppen mit unterschiedlichen Wassertiefen und Temperaturen versorgt werden.

**Weiter- und Ausbildung von Arbeitslosen.** Die positive Entwicklung am Berliner Arbeitsmarkt hält an und bietet Arbeitslosen gute Jobchancen. Die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Burgunde Grosse, appellierte an die Arbeitsagenturen und Jobcenter, die Mittel für Weiterbildung und Ausbildung jetzt den Arbeitslosen zugutekommen zu lassen und das zur Priorität zu machen.

Burgunde Grosse fügt hinzu: „An die Arbeitgeber in der Stadt richte ich meinen Appell, auch den Jugendlichen eine Chance zu geben, die nicht so gute Noten beim Schulabschluss erreicht haben. So manche zeigen erst in der Praxis, was in ihnen steckt.“

Die Tatsache, dass derzeit noch 9000 junge Menschen einen Ausbildungsplatz suchen und gleichzeitig noch 7000 Ausbildungsplätze unbesetzt sind zeige, so Grosse, dass sich noch einiges bewegen lässt. „Facharbeiterinnen und Facharbeiter fallen nicht vom Himmel, sondern sie brauchen eine Ausbildung!“ **cs □**

Lichtenberg:

# Stolperstein gestiftet

## Schülerinnen und Schüler recherchierten Lebensläufe

Die Lichtenberger SPD-Fraktion hat einen Stolperstein gestiftet, der am 26. März in der Cäsarstraße 32 in Karlshorst durch den Künstler Günther Demnig verlegt wurde. Er erinnert an Rudolf Pörschke, der hier seinen letzten Wohnort hatte.

Schülerinnen und Schüler des Karlshorster Hans und Hilde-Coppi-Gymnasiums haben im Vorfeld der Stolpersteinverlegung zum Leben von Rudolf Pörschke und seinem Schulfreund Werner Schallhammer recherchiert und Spenden für die Finanzierung der beiden Stolpersteine gesammelt. Die SPD-Fraktion übernahm die Kosten für den Stolperstein für Rudolf Pörschke.

Die beiden Karlshorster Rudolf Pörschke und Werner Schallhammer besuchten während der Zeit des Nationalsozialismus gemeinsam die Kant-Schule an der Treskow Allee und begeisterten sich für Swing-Musik. Sie waren von der amerikanischen Lebensweise fasziniert und hatten die Spitznamen „Bobby“ und „Eddy“. Als Teil der Swing-Jugend waren sie den Nazis ein Dorn im Auge und wurden beide noch zum Kriegsdienst eingezogen. Rudolf Pörschke wurde im April 1944 auf dem Schlachtschiff „Tirpitz“ verhaftet, wegen



Neuer Stolperstein. Foto: SPD-Fraktion Lichtenberg

Wehrkraftzersetzung verurteilt und dort am 25. Mai 1944 hingerichtet. Werner Schallhammer wurde am 13. März 1945 in der Murellenschlucht hingerichtet.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Erik Gührs: „Rudolf Pörschke und Werner Schallhammer wurden Opfer der nationalsozialistischen Willkürherrschaft, weil sie sich nicht in das Weltbild der Nazis fügten. Ich möchte mich bei den Schülerinnen und Schüler des Coppi-Gymnasiums für ihre umfangreiche Rechercharbeit bedanken, die damit ermöglichten, dass wir an das Schicksal der beiden jungen Männer erinnern können.“

PM □

Nachruf:

# Trauer um Anneliese Neubauer

## Im Alter von 91 Jahren starb die Witwe von Kurt Neubauer

Nach langjähriger Krankheit verstarb am 21. März 2015 91jährig Anneliese Neubauer. Sie war die Tochter des sozialdemokratischen Widerstandskämpfers Walter Riedel. Bereits 1946 wurde Anneliese SPD-Mitglied und war Kreiskassiererin im Kreis Friedrichshain.

Ihren späteren Ehemann Kurt Neubauer kannte sie bereits aus der Schulzeit. Beide trafen sich nach dessen Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft im Mai 1946 wieder. Gleich darauf warb sie ihn für die SPD. Die Heirat folgte am 22. März 1947, Sohn Jürgen wurde seine SPD-Mitgliedschaft sozusagen gleich mit in die Wiege gelegt.

Anneliese war untrennbar mit dem gesamten politischen Lebenswerk von Kurt verbunden. Bis zum Mauerbau wohnten sie in Ostberlin. Nicht nur die SPD Friedrichshain, deren Vorsitzender Kurt war, wurde von der Stasi überwacht, auch privat wurde die Familie intensiv ausgespäht. Besonders für Anneliese war das eine sorgenvolle Zeit.

Trotz ihrer Krankheit nahm Anneliese stets interessiert am politischen Geschehen in Berlin und in ihrer SPD teil, der sie 69 Jahre die Treue hielt. Treu blieb sie ebenso ihren langjährigen Freunden und politischen Weggefährten verbunden.

Erika „Linda“ Christian □

Reinickendorf:

# Spaziergang und Ausstellung

Im Rahmen der Fotografie-Ausstellung „Verlassen“ der Künstlerin Petra Lehnardt-Olm im Bürgerbüro laden Brigitte Lange, MdB, und Ulf Wilhelm, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion Reinickendorf, zu einem kurzen Spaziergang zu verlassenen Häusern in Waidmannslust mit anschließender Besichtigung der Ausstellung und Gespräch im Bürgerbüro ein: Freitag, 17. April 2015, um 12.30 Uhr, SPD Bürgerbüro, Waidmannslust Damm 149, 13469 Berlin.

Tempelhof-Schöneberg:

# Aufmerksam registriert

Das Wahlkreisbüro der SPD-Bundestagsabgeordneten Mechthild Rawert ist ab sofort Meldestelle der Tempelhof-Schöneberger Registerstelle.

Rassistische, antisemitische, homo- und transphobe, rechtsextreme und andere diskriminierende Vorfälle können den Mitarbeiterinnen im Wahlkreisbüro unter Angabe von Zeit und Ort gemeldet werden. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein, sondern es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft zudem für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen.

PM □

Das Wahlkreisbüro ist telefonisch zu erreichen unter 720 13 884 oder per Email: mechthild.rawert.wk@bundestag.de. Die Dokumentation der Vorfälle kann auf der Internetseite der Berliner Register (www.berliner-register.de) in der Chronik eingesehen werden.

Charlottenburg-Wilmersdorf:

# Lesung mit Anke Martiny



In der Reihe Politik & Biographie liest Berlins ehemalige Kultursektorin Anke Martiny am Mittwoch, 15. April 2015 ab 19.00 Uhr im Wahlkreisbüro von Franziska Becker aus ihrer

Biographie „...und vor allem muss man jederzeit als voller Mensch leben. Als Frau in der Politik“ (nicolai Verlag, 2014).

Anke Martiny war langjährige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Berliner Senatorin für kulturelle Angelegenheiten im von Walter Momper geführten Senat. Seit 1998 arbeitet sie in verschiedenen Funktionen für die NGO Transparency International Deutschland und verfolgt insbesondere Korruption in der Politik und im Gesundheitswesen.

PM □

Mittwoch, 15. April, 19.00 Uhr, Wahlkreisbüro Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10715 Berlin. Anmeldung: 01575-43870 74



Arbeitsgemeinschaften:

# Zum Lohnverzicht gezwungen

## Junge AfA diskutierte über die Arbeitsbedingungen bei der Deutschen Post

**Die Deutsche Post lässt die Arbeitsverträge von ca. 26.000 befristet Beschäftigten auslaufen und bietet den Post-MitarbeiterInnen jetzt 10.000 neue Stellen in der DHL Delivery Post GmbH an. In der Tochtergesellschaft verrichten sie die gleiche Arbeit, fallen dort jedoch nicht unter den Tarifvertrag der Post. Die Junge AfA lud darüber jetzt zu einer Diskussion mit dem Betriebsrat Frank-Uwe Leser aus der Niederlassung der Deutschen Post Berlin Zentrum und dem Bundestagsabgeordneten Swen Schulz.**

Im Bürgerbüro des Abgeordneten Ilkin Özisik in der Arminiusmarkthalle in Moabit diskutierten die jungen ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen und GenossInnen über die Gründung von Tochtergesellschaften beim gelben Riesen. In dieser Tochter erhalten die Beschäftigten 20 bis 30 Prozent weniger Lohn und sind entgegen der Aussagen der Post-Manager jederzeit kündbar, wie Frank-Uwe Leser klarstellt.

Die ArbeitnehmerInnen würden gezwungen, in die Tochtergesellschaft zu wechseln, brachte es Frank-Uwe Leser auf



Diskussion im Bürgerbüro in der Arminiusmarkthalle. Foto: Daniel Schwanz

den Punkt. Benita Unger, Leiterin des ver.di Fachbereichs Postdienste in Berlin und Brandenburg, erläuterte, dass die Arbeitsagenturen die ehemaligen Post-BriefträgerInnen sperre, wenn sie das Jobangebot nicht annehmen. Das sei für die ArbeiterInnen ein menschenunwürdiges Dilemma, so die Gewerkschafterin.

Zudem hält sie es für einen Skandal, dass der Bonner Konzern trotz 1,3 Milliarden Euro Gewinn im Bereich Post im Jahr 2014 seine ArbeitnehmerInnen schröpfe und auf

deren Kosten seine Gewinne nun vergrößern wolle.

Laut Swen Schulz, zuständig im Haushaltsausschuss des Bundestages, stehle sich die Bundesregierung als größter Einzelaktionär im Aufsichtsrat der Post AG mit 21 % aus ihrer Verantwortung für die Beschäftigten. Der SPD-Politiker forderte in einer Anfrage die Bundesregierung dazu auf, den Post-Vorstand von seiner diskriminierenden Personal-Politik abzubringen. Das Finanzministerium als zuständige Behörde antwortete, dass der Aufsichtsrat nicht befugt sei, sich in das Geschäft des ehemaligen Staatskonzerns einzumischen. Der Bundestagsabgeordnete appellierte an den Post-Betriebsrat, jetzt öffentlich Druck auf die Führungsriege aufzubauen. Die Junge AfA bot Frank-Uwe Leser an, die Post-Beschäftigten bei zukünftigen Aktionen und Streiks zu unterstützen. Der Arbeitskampf stehe laut dem ver.di Betriebsgruppenvorsitzenden im Brief Berlin Zentrum kurz bevor, da ver.di den Paragraphen zur Arbeitszeit im Manteltarifvertrag mit der Deutschen Post zum 31. März gekündigt hat.

Daniel Schwanz □

Arbeitsgemeinschaften:

# Erster Impuls für ein Einwanderungsgesetz

## Gemeinsame Veranstaltung der AG Migration und Vielfalt und der sozialdemokratischen JuristInnen

**Im Bereich der Einwanderung dreht sich die Diskussion derzeit um den ersten Impuls der SPD-Bundestagsfraktion für ein Einwanderungsgesetz. Er war auch Thema auf der Veranstaltung „Moderne Einwanderungsgesellschaft und die Herausforderungen“.**

Unter der Moderation von Robert Drewnicki diskutierten die Staatsministerin für Integration und Migration und Bundesvorsitzende der AG Migration und Vielfalt Aydan Özoguz, der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, Bilgin Lutzke, stellv. Vorsitzende der AG Migration und Vielfalt Berlin und Fred Skroblin, stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen JuristInnen (ASJ).

In Grußworten leiteten zuvor die Landesvorsitzenden der beiden Arbeitsgemeinschaften Christian Meiners (ASJ) und Aziz Bozkurt (AG Migration und Vielfalt) in das Thema ein und stellten die ganze Themenbandbreite von der Einwanderungspolitik bis zum Umgang mit der gesellschaftlichen Vielfalt im Land dar.

In der Debatte zum Einwanderungsgesetz war sich das Podium einig, dass eine reine ökonomische Betrachtung auf Einwanderer nicht der sozialdemokratische



Diskussionsrunde mit Aydan Özoguz (m.) und Raed Saleh. Foto: AG MigV

Weg sein kann. Skepsis zum Vorschlag für ein Punktesystem wurde auch aus dem Publikum deutlich. Jedoch wurde der Impuls der Fraktion, das Thema und die Union weiter anzutreiben, positiv aufgenommen.

Beim Umgang mit der gesellschaftlichen Vielfalt stellte Aydan Özoguz die Erfolge der Sozialdemokratie seit der Rot-Grünen Regierung dar und wies darauf hin, dass die SPD am Ball bleiben wird, um die angefangenen Reformen am Staatsangehörigkeitsrecht zu Ende zu bringen. Bilgin Lutzke ergänzte die Äußerungen durch Beispiele aus der Praxis, die aufzeigten, wie Menschen, die sich auch schon länger in

Deutschland befinden, das Leben unnötig schwer gemacht wird. Darüber hinaus weise der Erwerb der Staatsangehörigkeit noch zu viele Hürden auf.

Fred Skroblin unterstrich Bilgins Äußerungen aus seiner Perspektive als Jurist. Raed Saleh ging auf den Reformbedarf der Ausländerbehörde ein und sprach sich für einen deutlichen Umbau aus, was auch eine Umgliederung der Zuständigkeit im Senat bedeuten könne.

Den inhaltlichen Part komplettierte der Umgang mit dem Islam in Deutschland. Özoguz und Saleh machten deutlich, dass ein Staatsvertrag mit den Muslimen einen großen symbolischen Wert hat. Saleh betonte, dass viele der Inhalte für einen Staatsvertrag - auch schon vor den anderen Bundesländern - schon im Partizipations- und Integrationsgesetz geregelt wurden. Punkte wie der Lehrstuhl für islamische Theologie wären jedoch weitere wichtige Ergänzungen jenseits der Symbolpolitik.

Organisiert hatte die Veranstaltung die Projektgruppe „Mehrstaatigkeit“, die aus Teilnehmerinnen und Teilnehmern der AG Migration und Vielfalt und der ASJ besteht.

A. B. □

Landesplanung:

# Die Spreemetropole entwickeln

## Ephraim Gothe: Gemeinsame Aufgabe für Berlin und Brandenburg

**Berlin und Brandenburg müssen die metropolitane Stadtregion gemeinsam entwickeln, stellt Stadtplaner Ephraim Gothe in seinem Beitrag für die BERLINER STIMME fest.**

Wer glaubt, die Metropole Berlin ende an ihrer Landesgrenze zu Brandenburg, der sitzt einem Trugschluss auf. Schon seit 1900 entwickelten sich entlang der Berliner Ausfallstraßen, der Kanäle und der neuen Eisenbahnlinien Vorstädte, Gewerbe und Industrien.

### DIE ENTSTEHUNG DER SPREEMETROPOLE

Die Stadt Berlin erwarb damals mit den Umlandgemeinden weiträumig und sehr vorausschauend Rieselfelder für die Abwasserentsorgung, große Wälder für die Naherholung, koordinierte den Eisenbahnverkehr und die Bauleitplanung.

Das Berlin der Gründerzeit wuchs kraftvoll sternförmig ins Brandenburger Umland, erst zwei Weltkriege, eine Weltwirtschaftskrise und der eiserne Vorhang brachten diese Dynamik zum Erliegen. Nun, nach einer 50jährigen Phase gewaltvoller politischer Teilung, erwachen die funktionalen Wechselbeziehungen zwischen Stadt und Region wieder. Städte wie Falkensee, Velten, Oranienburg, Fürstenwalde, Königs-Wusterhausen, die ganze Flughafenregion um den BER und Potsdam profitieren von der Vernetzung mit Berlin und umgekehrt nutzt Berlin die Flächenangebote des Umlandes für Gewerbe, Logistik, Wohnen und Naherholung.

Berlin und Umland bilden wieder eine starke metropolitane Stadtregion, die Spreemetropole.

### DAS BAROMETER DER METROPOLE IST DAS BEVÖLKERUNGSWACHSTUM

Die Stadtregion, Berlin und Umland, ist in den letzten 4 Jahren um 214.000 Einwohner gewachsen, vier Mal in Folge über 50.000 Einwohner, und damit vier Mal in Folge weit über den amtlichen Prognosen. Dazu kommen die Flüchtlinge, 2014 waren es schon 15.000, 2015 könnten es sogar 25.000 werden. Derzeit gehen alle Planer davon aus, dass die Wachstumskurve wieder abflacht, aber warum eigentlich? Es sieht nicht so aus, als würden die südeuropäischen und südosteuropäischen Länder schnell den Anschluss an das wachsende Nordeuropa finden, viele werden weiterhin den Weg nach Berlin suchen. Und



*Ephraim Gothe war von 2011 bis 2014 Staatssekretär in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und ist jetzt in der gemeinsamen Landesplanungsabteilung von Berlin und Brandenburg u.a. für die Umsetzung der Raumordnungspläne im Teilraum Nord sowie regionale Kooperationen zuständig.*

*Foto: Horb*

auch die Flüchtlingsströme werden eher anwachsen als abnehmen.

### WIE STEHT ES UM DAS BERLINER UMLAND?

Das Berliner Umland umfasst ein Gebiet von 49 Gemeinden jenseits der Berliner Landesgrenze, die Planungszuständigkeiten verteilen sich neben den Gemeinden aber noch auf acht Landkreise, fünf Regionale Planungsgemeinschaften und ein Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung. Keine einfache Voraussetzung für die Entwicklung einer schlüssigen Entwicklungsstrategie.

Bei allen örtlichen Unterschieden schlagen sich die Gemeinden mit den gleichen Themen herum, Wachstum, Pendlerverkehre, Wohnungsbau, soziale Infrastruktur und Flüchtlingsunterkünfte - und damit mit den gleichen Herausforderungen wie die Berliner Bezirke.

### MOTOR WOHNUNGSBAU

Im Berliner Umland entstehen jährlich etwa 4.000 Ein- und Zweifamilienhäuser. Eine Analyse zur Nachhaltigkeit der entstandenen Struktur gibt es nicht. Sind die Wohnungen altersgerecht, sind sie an den richtigen Stellen entstanden? Es gibt keine Gesamtschau der aktuell vorhandenen Wohnungsbaupotenziale im Umland, sie liegen nur einzeln in jeder Gemeinde vor. Berlin hat sich mit dem Stadtentwicklungsplan Wohnen dagegen stark aufgestellt und nutzt alle denkbaren Instrumente für eine aktive Wohnungspolitik im Bestand wie im Neubau. Die Stadt sieht für

sich derzeit ein Potenzial für knapp 200.000 neue Wohnungen, danach wird es eng. Deshalb müssen die Flächenpotenziale des Berliner Umlandes Teil einer Strategie beider Länder werden. 2014 wurden in der Stadtregion Baugenehmigungen für rund 28.000 Wohnungen erteilt, ein starker Indikator für eine dynamische Gesamtentwicklung und eine Herausforderung für die öffentliche Hand, die technische und soziale Infrastruktur nachzurüsten.

### EIN RÜCKBLICK AUF DAS JAHR 1900 LOHNT SICH

Damals wie heute stellen sich für die Stadtregion die gleichen Herausforderungen. Berlin boomte, wurde zur wichtigsten Industrie-, Banken und Kulturstadt Deutschlands und zog magnetisch Menschen aus allen Richtungen an. Ganz ähnlich ist Berlin heute ein europäischer Hotspot für Startups und digitale Dienstleistungen, der Tourismus feiert jedes Jahr neue Rekorde und das Berliner Umland ist die Boomregion Brandenburgs.

Damals bedrohte das administrative Wirrwarr eine geordnete und weitsichtige Stadtentwicklung, bis 1911 ein gemeinsamer Planungszweckverband gebildet wurde - die Geburtsstunde der Spreemetropole. 1915 wurde der bis heute gültige Dauerwaldvertrag verabschiedet, der die Berliner Wälder in Berlin und Brandenburg schützt. 1920 fiel die epochale Entscheidung zur Bildung der Einheitsgemeinde Berlin. Die Lösung der Wohnungsfrage beherrschte den politischen Alltag genauso wie die Organisation des Schnellbahnverkehrs und die Sicherung von Wäldern als Naherholungsflächen.

Heute steigen die Pendlerverkehre wieder stetig und stark. Park & Ride ist vielerorts ein ungelöstes Problem, das Schnellbahnnetz hat das Vorkriegsniveau nicht wieder erreicht und weist 25 Jahre nach dem Mauerfall noch immer empfindliche Leerstellen auf. Die großen Radialstraßen aus Berlin ins Umland sind zum Verkehrsträger für den Autoverkehr degradiert und der Flughafen BER ist eine Baustelle. Carsharing, Fahrradverkehr, E-Bikes und das Smartphone revolutionieren das Verkehrsverhalten der Menschen.

### EINEN PLAN ZUR LANDESENTWICKLUNG GIBT ES - IMMERHIN

Im Jahr 2009 verabschiedeten die Län-  
**Fortsetzung Seite 11**

## Fortsetzung von Seite 10

der Berlin und Brandenburg einen Landesentwicklungsplan (kurz LEP B-B), in dem das Leitbild des Siedlungssterns mit radialen Entwicklungskorridoren entlang der Schienenwege niedergelegt ist. Aber schon die Regionalparks, die die natur- und kulturräumlichen Qualitäten zwischen den Entwicklungskorridoren bewahren und entfalten sollen, sind nur ein virtuelles Konstrukt und deshalb weitgehend unbekannt.

Auf diese Flächen wirken verschiedenste konkurrierende Nutzungsbegehren aus der Energiewirtschaft, aus der Logistik, aus dem Naturschutz, aus der Siedlungsentwicklung, die traditionelle Landwirtschaft ist auf dem Rückzug. Für die Regionalparks und deren Projekte fehlt ein professionelles Management.

ALLEIN 2014 WUCHS DIE  
SPREEMETROPOLE UM 68.000  
MENSCHEN - STRATEGISCHE  
PLANUNG IST GEFRAGT

Die wachsende Region erfordert einen Ausbau der sozialen und technischen Infrastruktur. Dies geht nur mit Szenarien, die auf einer aktuellen Bevölkerungsprognose aufbauen. 2014 wuchs die Spreemetropole, die Flüchtlinge mitgerechnet, um 68.000 Menschen, ein Szenario mit einer jährlichen Zuwanderung von 90.000 Menschen sollte zumindest durchgerechnet werden, um Folgen abschätzen zu können.

Das Wachstum Berlins und des Berliner Umlandes erfordert eine Strategie über alle Politikfelder auf der Basis des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg. Die Themen Verkehr, Wohnen, technische und soziale Infrastruktur müssen hierbei gesamthaft betrachtet werden. Instrumente müssen entwickelt oder neu abgestimmt werden, Wohnungsbauförderung, Ausbau des Schnellbahnnetzes, Organisation der Pendlerverkehre. Unabdingbar ist die aktive Bewahrung der Kulturlandschaft und damit die Stärkung der Regionalparks als Kontrapunkt zu den wachsenden Siedlungsachsen.

Und nicht zuletzt, sondern eigentlich zuerst: Die Erarbeitung einer Strategie erfordert die Mitwirkung beider Länder, der Regionalen Planungsgemeinschaften, Landkreise, Städte, Gemeinden und der Berliner Bezirke.

Das Kommunale Nachbarschaftsforum, in dem sich die Umlandgemeinden mit den Berliner Bezirken seit Mitte der 1990er Jahre vertrauensvoll abstimmen, kann hierfür sehr gut genutzt werden. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft, der Wirtschaft und Verbände muss über weitere Formate sicher gestellt werden, politisches Können ist hier gefragt.

Ephraim Gothe □

## Landesplanung:

# Strategie für Metropolen

Jan Stöß: Neue Aufgaben für die führende Großstadtpartei

**Die Metropolen und ihr Umland sind die boomenden Regionen in Deutschland. Besonders die Kernstädte der deutschen Metropolregionen verzeichnen Zuwachsraten durch Zuwanderung und Zuzug, die vor 10 Jahren niemand zu prognostizieren wagte.**

Die Großstädte sind attraktiv, weil sie ein breites Angebot an kulturellen Einrichtungen, öffentlichen Dienstleistungen und Nahverkehr, Kinderbetreuung und Bildungsinstitutionen, Arbeitsplätze bieten. Hier entstehen zukunftsfähige Arbeitsplätze, sie sind die Grundlage für wirtschaftliche Prosperität.

Über die Hälfte der deutschen Bevölkerung lebt inzwischen in Städten. Und dieser Trend wird sich fortsetzen auch aufgrund der demografischen Entwicklung. Junge Menschen ziehen schon seit längerem in die Städte, aber gerade auch ältere Menschen schätzen zunehmend die urbane Lebensqualität und das reichhaltige Angebot in den Großstädten.

DIE SPD IST DIE PARTEI FÜR DAS  
URBANE LEBENSGEFÜHL

Für die SPD bietet diese Entwicklung eine große Chance, denn wir sind die führende Großstadtpartei nicht zuletzt aus unserer Geschichte heraus. Die SPD braucht diesen Vorsprung in den Städten, um bundesweit konkurrenzfähig zu sein. Angesichts der Dynamik der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, ist die SPD gefordert, diese Großstadtkompetenz unter Beweis zu stellen. Das Forum Metropolenpolitik des SPD-Parteivorstands soll dabei helfen, politische Antworten auf die aktuellen Herausforderungen zu finden und die Programmatik der SPD insgesamt zu modernisieren.

Eine moderne Großstadtpartei muss das urbane Lebensgefühl verstehen und Lösungen für die Probleme der Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner bieten. Viele wünschen sich inzwischen hochverdichtete und gemischte urbane Quartiere mit vielfältigen Angeboten und hoher Lebensqualität, eine Stadt der kurzen Wege.

METROPOLN MÜSSEN DIE  
VERKEHRSWENDE EINLEITEN

Die Vorstellung einer „autogerechten Stadt“ mit funktional klar voneinander abgegrenzten Quartieren entspricht nicht mehr den heutigen Vorstellungen. Denn besonders in den städtischen Ballungsräumen zeigen sich auch die negativen Aus-



Jan Stöß, Berliner SPD-Landesvorsitzender, leitet das Forum Metropolenpolitik beim SPD-Parteivorstand. Foto: SPD Berlin

wirkungen einer wachsenden automobilen Mobilität. Die hohen Schadstoffemissionen, die Luftverschmutzung und die Lärmbelastigung infolge des Stadtverkehrs beeinträchtigen die Lebensqualität zunehmend. Von den Metropolen muss deshalb eine echte Verkehrswende ausgehen, die eine neue Balance zwischen Autoverkehr, öffentlichem Personennahverkehr, dem Fahrrad- und Fußverkehr herstellt und dabei den Wirtschafts- und Individualverkehr gleichermaßen in den Blick nimmt. Dem ÖPNV-Angebot kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, um auch an den Rändern der Metropolen das Recht auf Mobilität durchzusetzen.

WOHNUNGSFRAGE WIRD NEU  
AUFGEWORFEN

Der Zuzug in die Metropolregionen wirft die Wohnungsfrage neu auf, Fragen zum Wohnungsneubau und zur Mietpolitik bestimmen immer häufiger die Tagespolitik und der Trend zu Ein-Personen-Haushalten und der demografische Wandel erfordern einen Umbau des Wohnungsbestandes und eine Anpassung der sozialen Infrastruktur. Die Integration und Inklusion benachteiligter Bevölkerungsgruppen stellt besondere Anforderungen an die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik. Die sich polarisierenden Einkommensverhältnisse führen über Gentrifizierung und Segregation in manchen Teilen der Stadt zu einer sozialen Entmischung. Unsere Vorstellung einer sozial durchmischten, einer solidarischen

Fortsetzung Seite 12

**Fortsetzung von Seite 11**

schen Stadt gerät angesichts dieser Entwicklung immer stärker unter Druck.

Um unsere Position als die führende Großstadtpartei zu verteidigen und auszubauen müssen wir programmatische Antworten entwickeln. Wohl in den meisten deutschen Städten gibt es einen gesellschaftlichen Konsens zu sozial gemischten Quartieren - in Berlin ist es die sprichwörtliche „Berliner Mischung“. Zugleich sind die toleranten Stadtgesellschaften auch wichtiger Anreiz für den Zuzug und damit eine Basis für wirtschaftliche Prosperität - bei Berlin macht das einen großen Teil seiner weltweiten Attraktivität aus.

#### WOHNUNGEN SIND AUCH EIN SOZIALGUT

Der verstärkte Zuzug in die Wachstumsregionen führt zu einer Anspannung der Wohnungsmärkte, in den Städten führen Aufwertungsprozesse in nachgefragten Quartieren zu Gentrifizierungsprozessen. Ausreichende Wohnraumversorgung, Konflikte bei größeren Neubauprojekten, die soziale Durchmischung mithilfe eines neuen sozialen Wohnungsbaus, die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen und Wohnungsgenossenschaften und der Schutz vor sozialer Verdrängung im Bestand beherrschen die Stadtdebatten.

Die SPD muss klar machen, dass Wohnungen nicht allein ein Wirtschaftsgut,

sondern auch ein Sozialgut sind. Die Erhaltung und Schaffung bezahlbaren Wohnraums ist daher die vordringliche Aufgabe sozialdemokratischer Wohnungspolitik. Zu Recht hat der Berliner Senat die Sicherung bezahlbarer Mieten und die Schaffung von neuem Wohnraum zu seinen zentralen politischen Vorhaben gemacht.

Viele umstrittene Großprojekte zeigen, wie überlebenswichtig es für die SPD ist, als Diskussionspartner der Zivilgesellschaft akzeptiert und geschätzt zu werden.

## Soziale Stadt in Wien, Budapest und Prag

**Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Ralf Stegner und Jan Stöß, Vorsitzender des Forums Metropolenpolitik beim SPD-Parteivorstand, reisen vom 13. bis 17. April zu politischen Gesprächen nach Wien, Budapest und Prag. Im Fokus der Gespräche stehen die Themen Soziale Stadt, der soziale Zusammenhalt und eine gerechte Gesellschaft.**

In Wien treffen Ralf Stegner und Jan Stöß am 13. April mit dem österreichischen Bundespräsidenten Heinz Fischer und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales Rudolf Hundstorfer und weiteren Gesprächspartnern zu-

Das gilt natürlich auch für kleinere Projekte im Stadtteil. Es erfordert Mut, nach draußen zu gehen, offen Themen und Projekte zu besprechen, alternative Lösungen zuzulassen. Die SPD muss die Partei werden, die für offene und innovative Beteiligungsformate steht und sich den neuen Formen bürgerschaftlicher Partizipation stärker öffnet und dabei gleichzeitig den Mut aufbringt, bei Entscheidungen für ihre Überzeugungen und Vorstellungen mit offenem Visier zu kämpfen. **Jan Stöß** □

sammen. Im Mittelpunkt der Treffen stehen aktuelle Themen und die konkreten Maßnahmen der Stadt Wien in den Bereichen Wohnungsbau, ÖPNV und Integration.

In Budapest ist u.a. ein Treffen mit unabhängigen ungarischen JournalistInnen und jungen NGO-AktivistInnen geplant. Im Fokus der Konsultationen steht der Bereich Soziale Stadt, insbesondere der Aspekt Vielfalt und Schutz der Bürgerrechte.

In Prag am 16./17. April sprechen die SPD-Politiker mit dem ehemaligen tschechischen Ministerpräsidenten Vladimír Špidla, dem Minister für Menschenrechte und Gleichstellung Jiri Dienstbier und der Ministerin für Arbeit und Soziales Michaela Marksová-Tominová. **BS** □

# Flexible Bauten für alle Generationen

André Lossin: Innovative Modelle für Wohnen, Begegnung, Pflege und Betreuung

**„Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, denn in ihr denke ich zu leben.“ Der dies gesagt hat, war Albert Einstein, und der hatte in vielen Dingen Recht. Schauen wir in diesem Sinne einmal auf die Zukunft unseres Berlins, denn da sind viele Entwicklungen absehbar, für die wir heute Vorsorge leisten müssen.**

Zunächst die Fakten: Keine Metropole in Europa wächst so rasant wie die deutsche Hauptstadt. Berlin gilt gerade bei jungen Menschen aus aller Herren Ländern als „place to be“, zudem boomt der Tourismus mit erfreulichen Zuwachsraten. Allein im Jahr 2014 ist Berlin per Saldo um etwa 45.000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen. Im Zeitraum von 2012 bis 2014 wuchs die Einwohnerinnen- und Einwohnerzahl ebenfalls im Saldo um rund 135.000, die Zahlen weisen also auf eine längere Entwicklung hin. Dies bedeutet, dass Berlin in einem Zeitraum von nur drei Jahren „mal so eben“ eine Stadt in der Größenordnung von Regensburg oder Paderborn in



*André Lossin ist Beisitzer für Sozialpolitik im Kreisvorstand der SPD Friedrichshain-Kreuzberg und arbeitete am sozialpolitischen Antrag mit, der im vergangenen Jahr vom Landesparteitag beschlossen wurde. Beruflich ist er Landesgeschäftsführer der Volkssolidarität.*

sich aufgenommen hat. Schaut man sich diese Entwicklung genauer an, stellt man fest: Es ziehen vorwiegend junge Menschen aus Süd- und Osteuropa nach Berlin. Denn für sie ist Berlin auch ein Ort der

Hoffnung, der beruflichen und damit der sozialen Sicherung.

Besonders stark ist die Einwohnerschaft in den Bezirken Mitte und Pankow gewachsen. Allein der Bezirk Mitte hat im letzten Jahr ein Einwohnerplus von 8.400 zu verzeichnen. In den letzten Jahren wurden die noch im Zentrum der Stadt vorhandenen Freiflächen - wenige Ausnahmen bestätigen die Regel - bebaut, so dass das Stadtzentrum durch Neubebauung verdichtet wurde. Die größten noch zu bebauenden Flächen liegen mehrheitlich im Ostteil der Stadt. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung weist in ihrem Stadtentwicklungsprogramm 2025 insgesamt 24 Neubaugebiete aus, davon liegen 15 im Ostteil der Stadt. Dies lässt den unvoreingenommenen Schluss zu, dass im Wesentlichen der östliche Teil Berlins erheblich wachsen wird.

In den letzten 10 Jahren sind weit über 100.000 neue Wohnungen gebaut worden, was einerseits erfreulich ist, andererseits

**Fortsetzung Seite 13**

**Fortsetzung von Seite 12**

aber den Blick freimacht, dass zu wenige Wohnungen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus fertiggestellt wurden. Mehrheitlich wurden Eigentumswohnungen und ein kleiner Teil 1- oder 2-Familienhäuser gebaut.

**DRUCK AUF DEM  
WOHNUNGSMARKT**

Durch die starke und zugleich begrüßenswerte Zuwanderung ist ein erheblicher Druck auf den Wohnungsmarkt entstanden, der zu dramatischen Mieterhöhungen und zu einem Wohnungsleerstand unter 1 Prozent geführt hat. Nur wegen der Immobilienportale im Internet gibt es heute nicht mehr die einstmals spektakuläre mehrere hundert Meter lange Schlange am Samstagabend vor dem Kiosk am Bahnhof Zoo, wenn die Sonntagszeitungen mit dem Immobilienanteil angeliefert wurden. Rein virtuell ist sie wieder da.

Die Fertigstellungen der entweder zu teuren oder zu kleinen Wohnungen in den letzten Jahren führt dazu, dass viele junge Familien, die bislang in den sogenannten Trendbezirken wie Prenzlauer Berg, Kreuzberg oder Friedrichshain wohnen, an anderen Orten neuen Wohnraum suchen, wenn die Familie wächst, sprich weitere Kinder hinzukommen.

Aufgrund der extrem schwierigen Wohnungslage im Zentrum der Stadt (und sicher auch wegen der derzeit günstigen Zinsen) entscheiden sich viele Familien mit einem mittleren oder gutem Einkommen, zunehmend Eigentum zu bilden, indem sie eine Wohnung oder ein kleines Haus in den Randbezirken erwerben. Immobilien in den Randlagen sind noch vergleichbar günstig, da ganze Gebiete größere Flächen zum Bau von 1- oder 2-Familienhäusern erschlossen werden. Die jungen Familien wollen aber nicht nur „ihre eigenen vier Wände“, sondern auch eine gute und leistungsfähige Infrastruktur.

**MEHR SOZIALER  
WOHNUNGSBAU**

Aber daher muss in den nächsten Jahren durch das Land Berlin und durch den Bund mehr in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Das wird - um nicht die soziale Segregation zu verschlechtern - Kernaufgabe guter sozialdemokratischer Politik in dem nächsten Jahrzehnt sein. Der Stadtentwicklungsplan 2025 zeigt in die richtige Richtung.

Der sich neu bildende Stadtteil muss nicht nur gut ans Stadtzentrum (Stichwort öffentlicher Personennahverkehr) angeschlossen sein, sondern muss vor allem eine gute Kita- und Schulplatzversorgung gewährleisten, denn beide Elternteile wol-



Begehrte Wohnlage im Trendbezirk: die Kastanienallee. Foto: Horb

len und sollen ihrem Beruf nachgehen können. Daher ist die soziale Infrastruktur an den „neuen Orten“ existenzsichernd. Aber auch gute Spielplätze und die Teilnahme am sozialen Leben in dem Stadtteil sind elementare Bedürfnisse. Dazu gehört ebenfalls die Teilnahme am kulturellen Leben, die mit der Gründung einer Familie eine gewisse Verschiebung der Ausrichtung erfährt.

**WOHNEIGENTUM AM  
STADTRAND**

Fazit: Die Transformation und das Wachstum Berlins führen dazu, dass mehr Wohneigentum an den Rändern der Stadt gebildet wird, die Menschen dann länger in ihrem „neuen“ Wohnumfeld verbleiben und großen Wert auf eine soziale und kulturelle Infrastruktur oder eine gute Anbindung „in die Stadt“ legen.

Auf diese soziale Entwicklung - und wir sollten dankbar sein, dass die beschriebene Entwicklung heute schon so klar absehbar ist - müssen sich die Bezirke als auch die Wohlfahrtsverbände bei der Errichtung der kommunalen sozialen Infrastruktur ausrichten. Denn diese Familien ziehen in die neu errichteten Stadtteile und verbleiben über mehrere Jahrzehnte dort, ziehen dort ihre Kinder groß. Dies heißt, dass Stadtteile sich nicht sozial und demografisch durchmischen, sondern dass sich ein sozial homogenes Milieu in seinem Stadtteil einrichtet und es gestalten will. Die Menschen finden neue Freundschaften und engagieren sich für ihre unmittelbaren Belange vor Ort.

Was heißt das für die Politik und für Sozialverbände? Zunächst einmal Selbstverständlichkeiten: Kindertagesstätten und Schulen müssen fußläufig erreichbar sein, soziale und kulturelle Begegnungsräume,

in denen sie feiern oder sich treffen oder soziale Aktivitäten entfalten können, müssen da sein.

Dann aber auch das Besondere: Die Berliner Volkssolidarität entwickelt derzeit in Marzahn-Hellersdorf ein Modellprojekt, nämlich die Errichtung einer Kombination aus Kindertagesstätte, Seniorenwohnheim und Stadtteilzentrum. Mit diesem Angebot soll die nachbarschaftliche Begegnung gestärkt werden.

**RAUM FÜR ALLE  
GENERATIONEN**

Familien können dort ihre Kinder betreuen lassen oder sie können, wenn der Wunsch besteht, dass die Eltern in der Nähe wohnen sollen, dort einziehen. Für die Begegnung als sozialer Treffpunkt wird ein Stadtteilzentrum errichtet, in dem umfangreiche Aktivitäten stattfinden können. Es gibt Werkstätten, Sportveranstaltungen, Lebens- und Alltagsberatung, Feierlichkeiten, aber auch einen Jugendtreffpunkt. Die Angebote können je nach Nutzern individuell angepasst werden.

Der Innenraum kann nach Bedarf so umgestaltet werden, dass, wenn die Anzahl der Kinder in diesem Stadtteil sinkt und der Bedarf an Kitaplätzen nicht mehr vorhanden ist, die Einrichtung für neue Zielgruppen umgebaut werden kann. Zum Beispiel kann hier eine weitere Tagesförderereinrichtung mit errichtet werden oder ein zusätzlicher barrierefreier Wohnraum für ältere Menschen entstehen. Die Kita ist in ihrer baulichen Struktur nicht auf 40 Jahre ihrer Nutzung unterworfen, sondern kann nach demografischen Anforderungen umgestaltet werden, somit ist eine variable Nutzung dieser Immobilie möglich.

**FINANZIERUNG MIT MITTELN  
DES LANDES UND DES BUNDES**

Die Finanzierung dieser Immobilie ist über Sonderzuschüsse der KfW und des Landes Berlin möglich. Der Bund als auch das Land Berlin stellen für Investitionen in soziale Infrastrukturen entsprechende Mittel zur Verfügung. Die bauliche Unterhaltung kann je nach Nutzungsart sowohl aus den Investitionskosten als auch aus den Kitaentgelten finanziert werden. Eine dauerhafte Finanzierung des Stadtteilzentrums ist nur dann möglich, wenn der Bezirk mit dem Eigentümer des Stadtteilzentrums einen auf mindestens 15 - 20 Jahre ausgelegten Mietvertrag abschließt.

Das Land Berlin aber auch die Träger der freien Wohlfahrtspflege müssen bei einer wachsenden Stadt auf innovative Modelle setzen. Berlin ist eine aufregende Stadt, deren Einwohnerschaft neuem gegenüber immer aufgeschlossen war. Und das wird bleiben!

**André Lossin** □



„Kulturhappen“: Ensemble-Mitglieder des Grips-Theaters spielten und lasen Szenen aus dem Theaterstück „1848“ nach dem Roman von Klaus Kordon.  
Fotos (2): Horb



Diskussion mit Protestkoch Wam Kat, dem Aktivistin der Berliner Taksim-Initiative Dennis Kupfer, Moderatorin und Grips-Dramaturgin Kirstin Hess sowie Wolfgang Thierse.



Station am Gendarmenmarkt: Bustour und Stadtführung führten an Orte der Revolution und zum Friedhof der Märzgefallenen.  
Foto: Peter Roloff

1848 - 2015:

# Sieben Tage für die Revolution

August Bebel Institut, Paul-Singer-Verein und Grips-Theater luden zum aktiven Gedenken

**„In der Geschichte muss man die Ereignisse miteinander verknüpfen, um zu verstehen“, schrieb der Regierende Bürgermeister Michael Müller in seinem Grußwort zu Beginn der Aktionswoche. Diese Idee zog sich durch die verschiedenartigen Veranstaltungen.**

167 Jahre ist es jetzt her, dass Berliner\*innen gegen den König auf die Barrikaden gegangen sind, um für Meinungsfreiheit und Demokratie zu kämpfen. Es sollte nicht die letzte Revolution der Geschichte bleiben. Als Flashmob Berliner Jugendlicher, Film- und Diskussionsabend, Diskurslounge mit Kartoffelrevoltenworkshop, Gedenkmomente und Theater wurden eine Woche lang die historischen Ereignisse aufgegriffen und mit aktuellen Protesten und Revolutionen in Bezug gesetzt. Eine Bustour und ein Stadtrundgang machten die Ereignisse an den historischen Orten lebendig. Zentral war die Frage: Wie laufen Aufstände und Revolutionen heute ab? Was können wir aus der Geschichte lernen?

Die Woche begann mit einem Jugendworkshop auf dem Friedhof der Märzgefallenen, im GRIPS-Podewil und schließlich auf dem Alexanderplatz. 50 Jugendliche aus Köpenick und Marzahn-Hellersdorf setzten sich zunächst mit Schicksalen der Märzgefallenen auseinander, um anschließend der Frage nachzugehen: Wofür würdest Du auf die Straße gehen? Diese Frage stellten die Jugendlichen am Nachmittag Passanten auf dem Alex, bevor sie selber in Form eines Flashmobs ihre Forderungen lautstark artikulierten.

Der Dokumentarfilm „Everyday Rebellion“ von Arman T. Riahi und Arash T. Riahi am Dienstagabend im Kreuzberger Movimento zeigte Aufstände und Revolutionen unserer Zeit: Ob Occupy in New York, die spanischen Indignados oder die Demokratiebewegung im Iran, die Gründe für den Protest sind in jedem Land ganz unter-

schiedlich, aber die kreativen gewaltfreien Taktiken sind sehr ähnlich und inspirieren sich gegenseitig auf überraschende Weise.

Am Mittwoch, dem 18. März standen die Gedenkfeiern im Vordergrund. Der Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, Ralf Wieland, erklärte auf dem Friedhof der Märzgefallenen: „Am Anfang stand die Revolution. Und sie entfaltete eine Macht, die bis in unsere Zeit hereinragt. Ja, wir müssen uns als demokratisches Land auf das Ereignis der Revolution von 1848 berufen - sie vermittelt uns Identität aus unserer eigenen Geschichte heraus. Dort - in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts - dort sind unsere Wurzeln als demokratische Gesellschaft.“

In der Reihe „kulturhappen“ wurde im Podewil am Donnerstag einerseits die kulinarische Dimension des Protests thematisiert, als auch die Frage, welche Dynamik die Großdemonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 und die Bewegung auf dem Gezi-Park in Istanbul seit 2013 entfalteteten - ein Abend mit Theater, politischer Debatte und Kochen.

Der Revolution von 1848 in Berlin ging im Jahr zuvor ja die „Kartoffelrevolution“ voraus. Daran anknüpfend wurde im Podewil gemeinsam eine Kartoffelsuppe gekocht. Die Leitung hatte der Protestkoch Wam Kat, der am Morgen noch Anhänger der Bloccupy-Bewegung, die in Frankfurt/Main gegen die Europäische Zentralbank (EZB) protestierten, bekocht hatte.

Wann werden einzelne Unzufriedenheiten zu einer Volksbewegung? Der frühere Bürgerrechtler und Bundestagspräsident Wolfgang Thierse bemühte das Leninzitat „Wenn die oben nicht mehr können und die unten nicht mehr wollen“ und berichtete, dass das letzte bisschen Hoffnung verfliegen gewesen sei und die Verzweiflung groß - so habe man eigene Ängste hintan gestellt. Zu den Zielen von revolutionären Bewegungen sagte Wolfgang Thierse, eine

Revolution könne nicht permanent sein. Sie müsse an einem Punkt ankommen, wo Demokratie in ordentlichen demokratischen Verfahren gelebt werden könne

Aktivist Deniz Kupfer berichtete, dass die Gezi-Bewegung sicher etwas erreicht habe, aber bei weitem noch nicht am Ziel sei. Und es sei in diesen Sommer um die Parlamentswahlen in der Türkei herum eine Erstarbung der Bewegung zu erwarten. Denn was 1989 mit der alten DDR abgeschafft werden sollte, wächst gerade in der Türkei ungehindert weiter: der Unrechtsstaat.

Eine Frage bleibt immer: Was kommt nach der Revolution? In ihrem „Liebesbrief an die Revolution“ auf der Homepage zur Aktionswoche kommt die junge Iranerin Matin Soofipour zu einem ganz eigenen Schluss: „Ich weiß jetzt nämlich, dass du es immer ernst meinst und deinen Träumen treu bist. Und was mir sehr an dieser Idee gefällt ist, dass es, so gesehen, keine gescheiterte Revolution gibt.“

Die für Freitag geplante Vorstellung von „1848 - die Geschichte von Jette und Frieder“ von Thilo Reffert nach dem Roman von Klaus Kordon, initiiert vom jetzigen künstlerischen Leiter des Grips-Theaters Stefan Fischer-Fels, musste wegen Erkrankung der Hauptdarsteller leider ausfallen. Im April ist das Stück aber wieder zu sehen. Sehr zu empfehlen! Immerhin: Die Besucher\*innen des Abends der ‚kulturhappen. Alexanderplatz 1989 feat. Taksim/Gezi-Park‘ gewannen einen bewegenden Eindruck durch eine szenische Lesung des Ensembles des Grips-Theaters.

Diskutieren wir, teilen wir demokratische Werte, lernen wir gemeinsam aus Kunst, Theater, Politik, politischer Bildung und Gedenken. Für Heute. Und für die Zukunft.

**Kirstin Hess, Susanne Kitschun, Ingo Siebert, Reinhard Wenzel** □

➡ Weitere Informationen unter: [www.revolution1848berlin.de](http://www.revolution1848berlin.de)

Adenauer und die Stalinnote:

# Wer verhinderte die Einheit?

## Ein deutschlandpolitischer Klärungsversuch (II)

Die Berliner Stimme dokumentiert mit freundlicher Genehmigung der Autoren Auszüge aus dem Manuskript „Wollte Adenauer die Einheit? Das Jahr 1952“, herausgegeben von Tilman Fichter und Siegwald Lönnendonker. In dieser Ausgabe veröffentlichen wir einen Auszug aus dem Kapitel „Wozu dieses Buch? Debatte über die Konsequenzen der eindimensionalen Westorientierung Adenauers“, verfasst von den Herausgebern. Zwei Dokumente erscheinen ihnen besonders wichtig zur Einschätzung der Situation: die vertraulichen Berichte von Oberst Sergej Iwanowitsch Tulpanow von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) und eine in diesem Abschnitt erwähnte Denkschrift des ehemaligen Diplomaten Richard Meyer von Achenbach an Konrad Adenauer.

Unserer Meinung nach hat Adenauer nie begriffen, daß Stalin im Jahre 1952 in erster Linie am Wiederaufbau der im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht im Westen der Sowjetunion weitgehend zerstörten Industrie interessiert war. Die Ausdehnung des Kommunismus in Mitteleuropa war für ihn zweitrangig. Seine Bauernschläue sagte dem Realpolitiker Stalin aber auch, daß nur ein freies - mehr oder weniger - kapitalistisches Deutschland in der Lage sein würde, die notwendige Produktivität für den Aufbau Deutschlands und der Sowjetunion zu entfalten. Höchstwahrscheinlich war ihm klar, daß nur die westdeutsche Industrie in der Lage sein würde, die notwendigen Investitionen technisch zu bewältigen. (Was in der Ära Helmut Schmidt von der Firma Krupp mit dem „Röhrengeschäft“ dann auch in Angriff genommen wurde.)

Darüber hinaus hätte ein geeintes Deutschland in den 50er Jahren in einem Friedensvertrag auch die Verantwortung für von Deutschland geschädigte Länder übernehmen müssen, z.B. die Rückzahlung eines Zwangskredits von 476 Millionen Reichsmark der griechischen Notenbank an das Großdeutsche Reich aus dem Jahre 1942. (Eigentlich eine Frage der Ehre, auch wenn der Betrag heute einschließlich Zins- und Zinseszinsen umgerechnet rund zehn Milliarden Euro betragen würde. Allerdings sollten sich dann - bitteschön - auch die Österreicher an dieser Schuldentilgung beteiligen. Schließlich hatten Teile der Wehrmacht, die in Griechenland gekämpft haben, noch fünf Jahre zuvor zum österreichischen Bundesheer gezählt.)

Diese Option eines einigen und industri-



Plakat der SPD aus dem Jahre 1957. Foto: © AdSD der Friedrich-Ebert-Stiftung

ell produktiven Deutschland hat von Achenbach damals systematisch ange-dacht und seinem Auftraggeber Adenauer zur Diskussion gestellt. Adenauers Denken war jedoch zu sehr in den machtpolitischen Dimensionen des 19. Jahrhunderts befangen. Ohne ein gewisses Grundvertrauen in die Demokratiefähigkeit der Deutschen nach Hitler und der Friedfertigkeit der Sowjetunion war eine solche ökonomisch-politische Vision allerdings nicht denkbar. Und für den alten katholischen Zentrumspolitiker in Bonn schon gar nicht. Vermutlich war er sogar der Meinung, die Sowjets seien als Instrument Gottes dazu auserwählt, die Bismarck-Protestanten in Mitteleuropa zur Räson zu bringen. In seinem politischen Weltbild war der europäische Kommunismus keine Gefahr mehr für die tradierte Weltordnung. Was nicht bedeutete, daß er ein besonderes Vertrauen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika in der Kennedy-Ära hegte, schon weil ihm selbstbewußte Modernisierer vom Schlage John F. Kennedys nicht geheuer waren. Er war und blieb Zeit seines Lebens ein Mann des 19. Jahrhunderts und sein Europa-Bild blieb weitgehend der antirevolutionären und autoritären Machtpolitik Metternichs auf dem Wiener Kongreß verhaftet.

Wir, die Herausgeber des Bandes, gehören zur Alterskohorte der Kriegskinder. Wir haben 1944/45 den Zusammenbruch der tradierten autoritären deutschen Erwachsenenwelt miterlebt. Unser Blick auf die deutsche Geschichte ist durch unsere Theoriedebatte in den sechziger Jahren über die Ursachen des Nationalsozialismus

und die des Antisemitismus in Österreich und Deutschland stark geprägt worden. Die damals in der Bundesrepublik weitverbreitete linke Angst vor der nationalen Einheit der Deutschen in einem „Vierten Reich“ war und ist uns als Wahlberlinern völlig fremd. Statt dessen sind wir schon immer für eine gesamtdeutsche, starke Demokratie eingetreten. Die Adenauer-CDU wie auch später die SED standen einer solchen Entwicklung jedoch lange im Wege. Im Gegensatz zu großen Teilen der Flakhefegeneration, die - auf den „deutschen Erlöser“ Hitler eingeschworen - das Ende des Zweiten Weltkrieges zu großen Teilen als eine Art Naturkatastrophe erlebt hatten, lehnte unsere Generation - besonders die Studenten an der Freien Universität Berlin - mehrheitlich eine freiwillige Unterordnung unter die Politik der westlichen Siegermächte ab.

Diese Überwindung des Kalten-Kriegs-Denkens erfolgte spätestens, seit uns klar wurde, daß von den französischen Soldaten die systematische Folterung algerischer Freiheitskämpfer als legitimes Mittel zur Durchsetzung französischer Kolonialpolitik angesehen und angewendet wurde, und seit wir aufgrund der detaillierten Berichte der amerikanischen Anti-Kriegs-Bewegung, z.B. die „I. F. Stone's Weekly Survey of International Affairs“ aus New York, die Kriegsverbrechen der US-Armee in Vietnam zur Kenntnis nehmen und dagegen protestieren mußten. Ein übriges taten dann auch Umfrage-Institute wie Gallup, die sowohl die Meinung der südvietnamesischen Bevölkerung als auch den Umschwung der öffentlichen Meinung in den USA wöchentlich dokumentierten. Und seit dem Zusammenbruch des bürokratischen Kommunismus russischer Provenienz haben wir unser Verhältnis zum kommunistischen Lager, zur eigenen Nation und zur parlamentarischen Demokratie neu überdacht. Bei allem Respekt vor dem Mut einzelner kommunistischer Widerstandskämpfer gegen die Nazis hat die kommunistische Partei als wichtigste utopische Gestaltungskraft für eine humane Welt für uns jede Glaubwürdigkeit verloren.

### STRATEGISCHES VAKUUM?

Ein wiedervereinigtes Deutschland hätte Anfang der 50er Jahre nicht unbedingt - wie ein Teil des westdeutschen Bürgertums befürchtete - ein strategisches Vakuum dargestellt. Denn die von der Ulbricht-Gruppe in Zusammenarbeit mit der „Sowjetischen Militäradministration in Deutschland“ (SMAD) erzwungene Einheitspartei SED hätte bereits in der ersten Phase der Neuvereinigung entflochten werden müssen und die Schumacher-SPD hätte in Mitteldeutschland ihre völlige Un-

**Fortsetzung nächste Seite**

**Fortsetzung von Seite 15**

abhängigkeit zurückgewonnen. Anders wäre eine Neuvereinigung überhaupt nicht denkbar gewesen. Im kommunistischen Lager hätte sich damals wahrscheinlich eine Gruppierung um Wilhelm Pieck gegenüber der leninistisch-stalinistischen Ulbricht-Gruppe durchgesetzt, die nach allen uns bekannten Analysen in gesamtdeutschen freien Wahlen immerhin 10 % erreicht hätte. Ähnlich wie die heutige Links-Partei im wiedervereinigten Deutschland. Und das heißt letztlich, daß die ganze Spaltung Deutschlands das kommunistische Potential nicht wesentlich verändert hat. (Auf die Beachtung solcher auf den ersten Blick nicht sichtbaren Traditionslinien hat uns unser akademischer Lehrer Otto Stammer immer wieder hingewiesen.)

**VORRANG FÜR  
WIRTSCHAFTLICHE  
BEZIEHUNGEN**

Für die UdSSR wären in dieser unmittelbaren Nachkriegsphase gut funktionierende deutsch-russische ökonomische Beziehungen zum Wiederaufbau der Sowjetunion vorrangig gewesen. Andererseits hätte sich ein militärisch neutrales Deutschland mit einiger Sicherheit politisch-kulturell zum Westen hin orientiert. Und die Struktur der deutschen Wirtschaft hätte sich in Richtung einer Mischwirtschaft mit kapitalistisch verfaßten Großbetrieben, sowie gemeinwirtschaftlichen und mittelständischen Produktionszentren hin entwickelt, und das auf der Grundlage des modernen Maschinenparks aus den Beständen der von Hitler und Albert Speer erzwungenen Kriegswirtschaft, eine industrielle Modernität, die von der Geschichtsschreibung auch heute noch oft unterschätzt wird.

Welche Folgen hätte eine militärische Neutralisierung Deutschlands für das damalige Europa gehabt? Ein Blick auf die Karte zeigt, daß die in keinem Militärpakt eingebundenen Staaten von Finnland über Schweden, ein neuvereinigtes Deutschland bis zur Schweiz einen Keil zwischen dem Warschauer Pakt und der später entstandenen NATO hätten bilden können.

Die politische Folge wäre unweigerlich ein Auseinanderrücken der verfeindeten „Supermächte“ USA und UdSSR gewesen. Höchstwahrscheinlich hätte sich Österreich nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages im Mai 1955 zusammen mit Titos antistalinistischen Jugoslawien Mitteleuropa jenseits des Kalten Krieges angeschlossen. Die aggressive Hegemonialpolitik der (ständig überforderten) Supermächte hätte dann an ihr Ende kommen können. So gesehen wird klarer, welche strategische Bedeutung den beiden Stalinnoten und Adenauers Verhinderungspolitik für die

weitere Entwicklung Europas zukommt. In einer solchen geopolitischen Konstellation hätte Deutschland dann allerdings als in Europa ökonomisch führende Mittelmacht Verantwortung für die Gestaltung des Friedens übernehmen müssen.

Andererseits hätte ein militärisch neutrales vereinigt Deutschland an alle jene europäischen Staaten Reparationszahlungen leisten müssen, die von der Deutschen Wehrmacht angegriffen worden waren. Ob allerdings Frankreich und Großbritannien ein Recht darauf gehabt hätten, wäre durch einen internationalen Gerichtshof zu klären gewesen. Schließlich hatten diese beiden Mittelmächte Hitler-Deutschland am 3. September 1939 als Reaktion auf den deutschen Angriff gegen Polen ihrerseits Deutschland den Krieg erklärt.

Trotzdem hat Winston Churchill 1953 den Gedanken eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems anstelle eines ewigen Kalten Krieges unterstützt. Damals sah Adenauer sein langfristiges Ziel einer konservativ-katholischen Hegemonie in Westeuropa gefährdet. Doch Churchills Gesundheitszustand war damals bereits so angeschlagen, daß er im April 1955 zurücktreten mußte. Der Kalte Krieg war noch einmal gerettet.

Obwohl Adenauer dem alten papistischen Katholizismus ablehnend gegenüberstand, lehnte er gleichzeitig jedoch eine Erneuerung der Kirche durch den französisch beeinflussten Sozialkatholizismus ab. Die Ansätze zu einer katholischen Theologie der Befreiung im Nach-Hitler-Europa, mit dem ganz offensichtlich unser Autor Otto Kalscheuer stark sympathisiert, war für ihn kein Thema. Adenauer war und blieb Zeit seines Lebens ein rheinischer Milieu-Katholik. Sein Hauptfeind war und blieb das protestantische Preußen der Hohenzollern. Dieses untergegangene Preußen verkörperte für Adenauer der durch zehn Jahre KZ-Haft schwer gezeichnete Sozialdemokrat Kurt Schumacher. Im Gegensatz zur Mehrheit der heutigen Sozialdemokratie stand für diesen der Nationalstaatsgedanke nie im Widerspruch zum Internationalismus.

**KRIEGSFOLGEKOSTEN**

Eine Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten wäre Mitte der 50er Jahre u. E. aufgrund der Stalin-Noten nur unter Anerkennung der folgenden vier Essentials möglich gewesen, von denen die letzte eine Forderung der Schumacher-SPD war:

- 1.) Militärische und nicht etwa politische Neutralität eines vereinigten neuen Deutschlands;
- 2.) Zahlung von Reparationskosten;
- 3.) Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als östliche Grenze;
- 4.) Entflechtung der bürokratisch

zwangsvereinigten SED und Lizenzierung der gesamtdeutschen SPD und KPD.

Die dritte Bedingung hat übrigens nicht nur Stalin im Jahre 1953, sondern auch Michail Gorbatschow im Jahre 1990 erhoben. Ohne eine Anerkennung dieser Grenze hätte es auch 1990 keine Wiedervereinigung Deutschlands gegeben. (Die Sowjetunion hat 1945 zwar die Westverschiebung Polens erzwungen, ist jedoch 1990 durch die Durchsetzung der Anerkennung der neuen Grenzen auch indirekt zur Garantiemacht des heutigen Polen geworden. Dies gilt auch für die „Russische Föderation“, auf die mit der Alma-Ata-Deklaration vom 21. Dezember 1991 alle Rechte und Pflichten der untergegangenen UdSSR übergegangen waren. Eine Tatsache, die von der neuen politischen Elite in Warschau schlicht negiert wird.)

Ein geeinigtes Deutschland hätte in den 50er Jahren - so Peter Merseburger in seiner großartigen Schumacher-Biographie - auf lange Jahre Reparationen zumindest an jene Staaten, die von Deutschland ohne Kriegserklärung angegriffen wurden, die Tschechoslowakei, Polen, Belgien, Holland, Norwegen, Griechenland und die UdSSR, zahlen müssen. Das hätte aber bedeutet, daß das ganze deutsche Volk für die Reparationskosten des Zweiten Weltkrieges hätte aufkommen müssen und nicht nur die 17 Millionen Bürger der DDR in ihrem Fall schwerpunktmäßig für die Sowjetunion. Bei Abschluß eines Friedensvertrags wäre diese Problematik auch heute noch aktuell. Wahrscheinlich war das auch der Grund, warum die westdeutsche Politik mehrheitlich 1989/90 keinen Friedensvertrag angestrebt hat.

So mancher deutsche Zeitgenosse, der im Kalten Krieg politisch sozialisiert wurde, lobt Konrad Adenauer auch heute noch dafür, daß es seinerzeit nie - wie Stalin vorschlug - zu Friedensverhandlungen mit den Siegermächten gekommen ist. Doch der Preis für diese Adenauersche Blockade-Politik war letztlich äußerst hoch: Zu den Konsequenzen gehörten eine sture „antifaschistische“ Umerziehungspolitik in der DDR, eine Mauer quer durch die geteilte Metropole Berlin und die Flucht von ca. 2,5 Millionen Menschen aus Mitteldeutschland in die drei westlichen Besatzungszonen bzw. später nach West-Berlin und die BRD.

Doch je mehr - so Merseburger - die „Zweifel an seiner Deutschlandpolitik“ zunahmen, desto häufiger führte Konrad Adenauer „das Ziel der Wiedervereinigung im Mund“. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges behauptete er sogar, er komme der Wiedervereinigung mit „seiner Politik der Stärke“ immer näher, obwohl er die Einheit durch seine Verweigerungshaltung gegenüber Verhandlungen mit den Sowjets in weite Ferne gerückt hatte.

**wird fortgesetzt**



Gedenken:

# „Das Schweigen durchbrechen“

Ralf Wieland: Erinnerung an den Völkermord an den Armeniern

**Mit einer Gedenkveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus ist jetzt an den Völkermord an den Armeniern vor hundert Jahren erinnert worden. In einer Rede hat Abgeordnetenhauspräsident Ralf Wieland dabei deutlich gemacht: „Nur dann, wenn man sich der eigenen Geschichte auch stellt, ist der Weg zu einer Versöhnung offen.“ Für die BERLINER STIMME hat er wesentliche Punkte zusammengefasst.**

Am 24. April 2015 jährt sich die Verhaftung und darauf folgende Deportation der politischen und kulturellen Elite der Armenischen Gemeinde in Konstantinopel zum 100. Mal. Es waren armenische Intellektuelle, Politiker, Journalisten, Unternehmer, Künstler, die unter dem Vorwurf der Kollaboration mit dem russischen Kriegsgegner die ersten Opfer der Sündenbock-Strategie wurden. Das war der Beginn des ersten Völkermords des 20. Jahrhunderts: Der Genozid an den Armenierinnen und Armeniern im Osmanischen Reich.

Die Botschaft der Republik Armenien, die Armenische Gemeinde zu Berlin und die Initiative Genozid 1915 haben eingeladen, um an diesen ersten Zivilisationsbruch des 20. Jahrhunderts zu erinnern und der Toten zu gedenken. Das Gedenken an die Opfer ist stets auch eine Mahnung, aus dem historischen Rückblick Lehren für die Zukunft zu ziehen.

Von den zwei Millionen Armeniern, die 1915 im Osmanischen Reich lebten, kamen bei den Verfolgungen mehr als eine Million ums Leben. Es war ein Menschheitsverbrechen, das bis heute nicht gesühnt wurde.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs gab es insbesondere auf Druck der Engländer in der Türkei eine kurze Zeit, in der Täter ausgemacht und verurteilt wurden. Die eigentlich Verantwortlichen blieben jedoch in Freiheit.

**ERBLAST MUSS  
AUFGEARBEITET WERDEN**

Bis zum heutigen Tag hat der türkische Staat sich nicht bereithalten können, diese traurige Erblast in ausreichendem Maße anzuerkennen und aufzuarbeiten. Deshalb ist es umso wichtiger, dass die kritische Geschichtsauseinandersetzung der türkischen Zivilgesellschaft Unterstützung findet. Nur dann, wenn man sich der eigenen Geschichte auch stellt, ist der Weg zu einer Versöhnung offen.

Das armenische Gedenkjahr 2015 ist ein guter Anlass, erneut darauf hinzuweisen,



Ralf Wieland ist Präsident des Abgeordnetenhaus von Berlin. Foto: SPD Berlin

dass die Verbrechen am armenischen Volk einen festen Platz im weltweiten, auf jeden Fall aber im kollektiven europäischen Gedächtnis erhalten sollten. Viele Parlamente und internationale Organisationen haben die Deportationen und die Vernichtung der Armenier als Völkermord anerkannt.

Vor zehn Jahren wurde im Deutschen Bundestag eine parteiübergreifende Resolution zu den Ereignissen vom April 1915 verabschiedet. Die Verstrickung des deutschen Kaiserreiches ist ein trauriges Stück deutscher Geschichte. Es ist die historische Mitverantwortung, es ist die unrühmliche Rolle des deutschen Reiches, das die Greuel zuließ.

**IN JEDER FAMILIE WAREN  
OPFER ZU BEKLAGEN**

In Deutschland leben heute fünfzig- bis sechzigtausend Nachfahren der Überlebenden. Auch hundert Jahre nach dieser schrecklichen Katastrophe ist die Identität vieler hier lebender Armenier davon mit geprägt. Denn: In jeder Familie waren viele Opfer zu beklagen, nur wenige überlebten.

Im Zuge des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens von 1961 ergriffen viele Armenier, die noch in der Türkei lebten, die Chance, in unserem Land ganz neu anzufangen. Ich freue mich, dass heute über 90 % der in Deutschland lebenden Armenierinnen und Armenier einen deutschen Pass besitzen oder bereits in Deutschland geboren worden sind. Deutschland ist ihre Heimat geworden.

Es stimmt mich hoffnungsvoll, dass im Oktober 2009 in Zürich mit der Unterzeichnung der Protokolle zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zwi-

schen der Türkei und Armenien ein Schritt hin zu einem Annäherungsprozess begonnen worden ist.

Die Opfer der armenischen Katastrophe haben es verdient, dass die Verbrechen an ihrem Volk aufgearbeitet werden. Wie schwierig dieser Prozess ist, zeigte sich exemplarisch im Jahr 2007, als der armenisch-stämmige, türkische Journalist Hrant Dink auf offener Straße in Istanbul erschossen wurde. Dink hatte sich sensibel und behutsam dafür eingesetzt, dass die Türkei sich ihrer Verantwortung für die Vergangenheit stellen möge.

Dieser Mord hat die türkische Zivilgesellschaft aufgerüttelt. Ein Jahr später unterschrieben über dreißigtausend Menschen eine Internetpetition, in der das armenische Volk um Verzeihung für das Unrecht von 1915 gebeten wurde. Als vor zwei Jahren Armenier in die Türkei reisten, um u.a. am Grab des ehemaligen osmanischen Gouverneurs Fayik Ali Ozansoy für sein aktives Eintreten für die Armenier zu gedenken, wurde aus meiner Sicht auch eine große Geste zur Bereitschaft der Versöhnung gezeigt.

**PROJEKTE ZUR  
AUSSÖHNUNG**

In den letzten zehn Jahren hat es in Deutschland eine ganze Reihe von Initiativen zur Förderung von Aussöhnungsprojekten gegeben. Hier möchte ich insbesondere das Auswärtige Amt hervorheben, das z.B. Projekte des Instituts für Internationale Zusammenarbeit des Deutschen Volkshochschul-Verbandes gefördert hat, einen Auftritt des armenisch-türkischen Jugendorchesters in Berlin im Jahr 2012 oder eine Themenreise für türkische Journalisten im November 2012. Dazu gehört auch die Organisation diverser Jugendcamps zwischen türkischen und armenischen Studierenden in den letzten Jahren. An vorderster Stelle zu nennen ist sicherlich die Förderung und Unterstützung des Lepsius-Hauses Potsdam e.V.

Im letzten Jahr hat der damalige Regierungschef und heutige Präsident Erdogan den Familien der armenischen Opfer gegenüber sein Mitgefühl ausgesprochen. Ich persönlich verstehe das als ein Angebot zu einem friedlichen Dialog.

Ich denke, das ist ein erster Schritt auf dem Weg, die Vergangenheit anzunehmen. Es geht um viel: Es geht darum, das Schweigen zu durchbrechen. Es geht um die gemeinsame Zukunft von uns allen.

**Ralf Wieland □**

# Aus Datenschutzgründen nicht in der Internetversion enthalten

## T ERMINE

- 12.04.2015, 10:00, SPD Fraktion Treptow-Köpenick, **Politischer Frühschoppen: An, im und auf den Gewässern Treptow-Köpenicks**, mit Prof. Dr. Jörg Gloede, Berliner Segler-Verband, Robert Schaddach, MdA, Steffen Sambill, BVV, Ratskeller Köpenick, Alt-Köpenick 21, 12555 Berlin
- 13.04.2015, 17:30, **Dr. Susanne Kitschun, MdA Friedrichshain, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro von Susanne Kitschun, Grünberger Straße 4, 10243 Berlin
- 14.04.2015, 07:30 - 09:00, Björn Eggert, MdA - Kreuzberg, **#Dienstagsfrühverteilung**, U-Bhf. Hallesches Tor, 10961 Berlin
- 14.04.2015 - 12:30 - 14:00, Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, **Telefonische**

**Sprechstunde** Tel. 030/2325-2297, Berlin

- 14.04.2015, 11:00 - 17:30, Klaus Mindrup, MdB Pankow, **Fachtagung: Wohnen für alle - Teilhabe für Menschen mit Behinderungen**, Bank für Sozialwirtschaft, Oranienburger Straße 13, 10178 Berlin
- 14.04.2015, 15:00, AG 60 plus Spandau, **Diskussion zur Berliner Seniorenpolitik**, Kreisbüro Spandau, Bismarckstraße 61, 13585 Berlin
- 14.04.2015, 15:00 - 17:00, **Dr. Fritz Felgentreu, MdB Neukölln, Bürgersprechstunde**, Wahlkreisbüro, Sonnenallee 124, 12045 Berlin. Anmeldung bitte unter Tel. 030/568 21 111
- 14.04.2015, 19:00, Cansel Kiziltepe, MdB Friedrichshain-Kreuzberg, **Piketty's Kapital - Rückenwind für die Erbschaftsteuer**, Wahlkreisbüro von Cansel Kiziltepe, Grünberger Straße 4, 10245 Berlin
- 15.04.2015, 16:00 - 17:30, **Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Wahl-

kreisbüro von Franziska Becker, Fechnerstraße 6a, 10717 Berlin

- 15.04.2015, 15:00 - 17:00, **Dr. Ina Czyborra, MdA - Zehlendorf, Sprechstunde**, Wahlkreisbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
- 15.04.2015, 18:30 - 20:30, Fachausschuss Familien-, Kinder- und Jugendpolitik, **Der Jugendbereich in der Haushaltsaufstellung 2016/ 2017**, Gangway, Schumannstraße 5, 10117 Berlin
- 15.04.2015, 17:50, Fachausschuss Mobilität, **Besuch bei der S-Bahn Berlin GmbH**, Werk Friedrichsfelde, (Anmeldefrist abgelaufen)
- 15.04.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin
- 15.04.2015, 16:30 - 18:00, **Jörg Stroedter, MdA Reinickendorf-Mitte + -Ost, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 16.04.2015, 18:30 - 19:30, **Torsten Schneider, MdA Pankow, Sprechstunde**, Bürgerbüro, Florastraße 94, 13187 Berlin

■ 16.04.2015, 18:00 - 20:00, **Liane Ollech, MdA - Marzahn-Hellersdorf, Bürgersprechstunde**, SPD Bürgerbüro, Köpenicker Straße 25, 12683 Berlin

■ 16.04.2015, 17:00 - 18:00, **Frank Jahnke, MdA - Charlottenburg, Bürgersprechstunde**, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 16.04.2015, 19:00, Daniel Buchholz, MdA Spandau, **Neue Wege in der Drogenpolitik: Freigabe von Cannabis nach US-Vorbild?**, mit dem Gesundheitsexperten Thomas Isenberg, Bürgerbüro von Daniel Buchholz, MdA, Quellweg 10, 13629 Berlin

■ 17.04.2015, 15:00 - 16:30, **Franziska Becker, MdA - Wilmersdorf, Sprechstunde**, Bundesplatz-Kino - Café, Bundesplatz 14, 10715 Berlin

■ 17.04.2015, 16:00 - 17:00, **Bruni Wildenhein-Lauterbach, MdA - Wedding, Bürgersprechstunde**, Bürgerbüro, Müllerstraße 163,

13353 Berlin

■ 17.04.2015, 19:00, Dilek Kolat, MdA - Schöneberg, **Ausstellungseröffnung: „Brandmauern“** der Friedenauer Künstlerin Silvia Sinha, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdA, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin (siehe S. 20)

■ 17.04.2015, 12:30, Brigitte Lange, MdA - Märkische Viertel und Lübars, **Verlassene Häuser - Spaziergang und Gespräch**, Bürgerbüro von Brigitte Lange, Waidmannsluster Damm 149, 13469 Berlin

■ 18.04.2015, 18:00 - 19:00, Dr. Clara West, MdA, **Information zum Mietrecht**, Bürgerbüro von Clara West, Naugarder Straße 43, 10409 Berlin. Anmeldung unter 767 300 36 oder svenja.kraus@clara-west.de.

■ 22.04.2015, 19:00, Frank Jahnke, MdA - Charlottenburg, **Charlottenburger Gespräche mit Dietmar Schwarz**, Intendant der Deutschen Oper, Goethe15, Goethestraße 15, 10625 Berlin

■ 22.04.2015, 15:00 - 17:00, Dilek Kolat, MdA - Schöneberg, **Kulturbüro: Unterstützung von**

**Flüchtlings in Tempelhof-Schöneberg**, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, MdA, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin

■ 22.04.2015, 17:00 - 18:00, **Karin Halsch, MdA - Lichtenberg, Sprechstunde**, Bürgerbüro, Am Berl 13, 13051 Berlin

■ 23.04.2015, 16:00 - 17:00, Dilek Kolat, MdA - Schöneberg, **Ehrenamtliche Arbeitsrechtsberatung mit RA Edmund Fleck**, Wahlkreisbüro von Dilek Kolat, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin

■ 25.04.2015, 10:30 - 14:30, SGK + Forum Ostdeutschland, **Ein starkes Stück Demokratie - 25 Jahre erste freie Kommunalwahlen in der DDR** am 6. Mai 1990, Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstraße 140, 10963 Berlin. Um Anmeldung wird gebeten bis zum 10. April 2015 per Mail an info@forumost.de

■ 25.04.2015, 10:00 Uhr, **Barcamp #DigitalLEBEN zur Programmdebatte**, Kalkscheune Johannisstraße 2, 10117 Berlin. Anmeldung: <https://anmeldung.spd.de/v/10298>

■ Alle Termine: [www.spd-berlin.de/termine](http://www.spd-berlin.de/termine)

#### Nachruf:

## Zugewandt und hilfsbereit: Trauer um Bärbel Greube

**Am 13. März 2015 ist Barbara Greube nach langer, schwerer Krankheit im Urbaner Krankenhaus verstorben. Wenige Tage zuvor hatte sie am 8. März ihr 78. Lebensjahr vollendet.**

Aus ihrer ärmlichen Herkunft hat Barbara nie einen Hehl gemacht: Zwei Jahre vor Ausbruch des 2. Weltkrieges als 2. Kind ihrer Familie in Berlin geboren. Der Vater war im Krieg gefallen, die Mutter musste die 5 Kinder alleine aufziehen, Evakuierung aus dem zerbombten Berlin, Einschulung in Ostpreußen, mehrere Schulwechsel folgten, schließlich Oberschule und höhere Handelsschule in Berlin.

1953 kam sie als 17jährige Schülerin zu den Reinickendorfer Falken. Die sozialistische Jugendorganisation gab Barbaras Leben Struktur, prägte Weltanschauung und Sozialverhalten, in den Familien von Harry Ristock, Ernst Fröbel und anderen Jugendfreunden erlebte sie Wärme und Zugewandtheit, die sie zuhause vermisste. Im Landessekretariat der Falken begann sie ihr Berufsleben, die SPD wurde ihr Arbeitgeber, als der Jugendorganisation das Geld ausging. Im Berliner Landesverband, in der Abgeordnetenhausfraktion war sie tätig, zweimal wurde sie nach Bonn geschickt, für das Büro Brandt abgestellt. Für Walter Momper arbeitete sie im Berliner Wahlkampf und zuletzt fast 15 Jahre lang in Spandau als SPD-Geschäftsführerin.

Barbara hatte keine schöne Jugend, wie sie selbst sagte; sie hatte keine leichte Zeit, wie eine ihrer Freundinnen kürzlich feststellte: sie als allein erziehende Mutter mit den drei kleinen Kindern, die ihr der früh verstorbene Mann in die Ehe mitgebracht hatte. Ihrem freundlichen Wesen, ihrer kol-

legialen Zugewandtheit, ihren zuverlässigen Leistungen waren die persönlichen Probleme nicht anzumerken. Sie war offen, direkt, eine waschechte Berlinerin eben.

Ihre eigentliche Familie, das war die Partei, das waren die Genossinnen und Genossen, natürlich „Ihre Spandauer“, das waren aber auch die Freunde aus ihrer Lichtenrader Zeit, wo sie lange gelebt hatte. Klaus Wowereit gehörte dazu. Nicht zu vergessen die Reisefreunde, die sie um sich geschart hatte, denn sie blieb bis ins hohe Alter vielseitig interessiert und war unterwegs in Amerika, Asien, Europa... Zweimal war ich mit ihr in Indien, mit meiner Frau Renate war sie in Polen und oft in unserem Haus in Schleswig-Holstein. Uli Schlei, Freund „Kritze“, Uli Schwester Christine waren ihre Begleiter, mehrfaches Ziel Madeira. Ihre Trauminsel, jedenfalls die eine. Die andere: Kuba. Hier lebt ihr Freund Manuel Chavez, dem sie nicht selten auf verschiedensten Wegen Bar- und Sachspenden zukommen ließ.

Mit Brigitte Becker war sie mehrfach unterwegs z.B. auf dem Weg nach Peking auch in Moskau, wo sie sich mit Wladimir Gall trafen, jenem russischen Soldaten, der 1945 für die kampfflosen Übergabe der Spandauer Zitadelle gesorgt hatte; hier befanden sich viele Schutz suchende Bürger aus der Altstadt, und die Wehrmacht hatte sich verteidigungswillig verschanzt. Beschuss und Erstürmung drohten!

Uschi Meys schrieb 1995 zu Barbaras Abschied im Spandauer Echo: „Du erzählst uns von Deinen Reisen und Deinen Aktivitäten und dann wird deutlich, dass Spandau nicht der Nabel der Welt ist. Du holst uns zu Deinen Festen in Deinen Kiez und da ist dann Berlin...“

In ihrer Wohnung am Kreuzberger Fraenkelufer trafen sie zusammen, die Genossen, die Reisefreunde, und „ihre Kanuten“. Sportfreunde aus alter Kreuzberger Falkenzeit, die einst den Kanuclub Zugvogel gegründet hatten. Sigrid Bast, damalige Kollegin aus Tempelhof, erinnert sich, dass es mit ihr immer etwas zu erleben gab, Lustiges und Katastrophen, Spannung war immer und immer wieder hat sie alles überstanden, oft mit einem Lächeln. Auch ihre vielen körperlichen Malessen, ihre zunehmenden Krankenhausaufenthalte.

Solange sie konnte, half Barbara Schwächeren, unterstützte mit Tatkraft und Spenden, wann immer sie Not sah oder angesprochen wurde. So vergab sie Kredite an Freunde, sammelte und spendete mehrfach für Kinder in Tschernobyl, für die Jugendgruppe des Kanuclubs, versorgte Wladimir Gall mit allem Möglichen, was seiner Familie in Moskau fehlte.

Uschi Meys hatte ihr 1995 im Spandauer Echo empfohlen, „dann nimm doch ... Deine vielen DIN A5 Kladden, die Du für Notizen verbraucht hast und schreibe ein Buch über das Innen- und Außenleben der SPD.“

Ihr Leben, ihre Schicksale hätten wahrlich Stoff für viele weitere Kapitel hergegeben. Leider hat sie dieses Buch nie geschrieben. Wir werden Barbara in Erinnerung behalten, als starke Persönlichkeit, als gute Freundin, wir vermissen sie!

**Dieter und Renate Borries** □

*Die Urnenfeier ist am Mittwoch, 15. April, um 15 Uhr im Krematorium Ruhleben, Am Hain 1, 13597 Berlin. Anstelle von Blumen hatte sich Barbara eine Spende für die Jugendarbeit des Kanuclub Zugvogel gewünscht. Konto des KCZ e.V. IBAN DE86 1203 0000 1020 0057 71*

## Die Berliner Stimme im Abonnement

**Änderungen beim Abonnement?** Das machen wir gerne. Adress- und Kontoänderungen bitte frühzeitig an berliner.stimme@wegewerk.de oder per Post an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin

**Sie haben noch kein Abonnement?** Das ändern wir gerne. Das Abonnement kostet 28 Euro pro Jahr (bei Zustellung per E-Mail) bzw. 35 Euro pro Jahr (bei Zustellung per Post). Bestellungen bitte an wegewerk GmbH, Saarbrücker Str. 24, Haus A, D 10405 Berlin, per E-Mail an berliner.stimme@wegewerk.de.

## Unerkannt durch Freundesland

Ausstellung zeigt illegale Reisen durch die Sowjetunion

Viele Reisemöglichkeiten hatten Bürgerinnen und Bürger der DDR vor dem Mauerfall nicht. Einen kaum bekannten Weg zu Freiheit und Abenteuer zeigt jetzt eine Ausstellung, die das August Bebel Institut am 17. April eröffnet.

Um ihr Fernweh zu stillen, nutzten abenteuerlustige junge DDR-Leute ein Schlupfloch in der Visa-Bürokratie aus, indem sie die Möglichkeit eines Transitvisums durch die Sowjetunion in Anspruch nahmen. So reisten sie in das Land des „Großen Bruders“ ein, verließen jedoch schnellstmöglich die vorgeschriebene Route und fuhrten wochenlang ohne legalen Aufenthaltsstatus durch den Kaukasus, Mittelasien und Sibirien, immer auf der Flucht vor KGB und Miliz – „unerkannt durch Freundesland“, wie der Ausstellungstitel lautet.

Jenseits von Propaganda und Stereotypen dokumentiert die Ausstellung in Fotoerien, Video-Interviews und Schmalfilmen Blicke und Erlebnisse der Reisenden. Die Ausstellung, ein Projekt der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V., gefördert vom



Unerkannt auf Reisen durch die Sowjetunion: Thomas Frick, Moskau 1986.

Foto © Robert-Conrad

Hauptstadtkulturfonds, ist bis zum 29. Mai in der Galerie im Kurt-Schumacher-Haus zu sehen. **PM □**

➔ Eröffnung: Fr 17. April, 19–21 Uhr, mit Kuratorin Cornelia Klauß und Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, der selbst so reiste. Anmeldung erbeten unter anmeldung@august-bebel-institut.de

Ausstellung: Mo 20. April bis Fr 29. Mai 2015, Mo, Mi, Do, Fr 14–18 Uhr, Di nach Vereinbarung

## Blick in die Sammlung

Willy-Brandt-Haus: Vom Neuen Sehen zur Fotokunst

Das Willy-Brandt-Haus gibt vom 25. April bis 28. Juni Einblick in seine fotografische Sammlung.

Aus den fast 200 Fotografien der Sammlung mit 60 verschiedenen Bildautoren wurden rund 100 Werke aus der Zeit von 1926 bis heute ausgewählt, die erstmals in dieser Zusammenstellung zu sehen sind. Vertreten sind herausragende Namen wie John Heartfield, Robert Capa, Tina Modotti, Gundula Schulze-Eldowy, Robert Lebeck, Michael Najjar, Jürgen Klauke, Herlinde Kolbl oder Magdalena Jetelova. Diese Aus-

wahl macht einen wichtigen Teil der Sammlungstätigkeit sichtbar und manifestiert die Autonomie des Mediums der Fotografie innerhalb der Kunstsammlung.

Von den frühen Arbeiten der Schule des Neuen Sehens, über den Fotojournalismus seit den 1950er Jahren und einigen Beispielen der Autorenfotografie in Ost und West bis hin zu großformatigen Arbeiten zeitgenössischer Fotokunst zieht sich das Spektrum der Auswahl. **PM □**

➔ Di bis So 12 bis 18 Uhr, letzter Einlass 17 Uhr 30, Montag: geschlossen

Ausstellung:

## Ungewohnte Blicke auf Brandmauern

Während des Berliner Baubooms im 19. Jahrhundert entstanden zahlreiche Arbeiterviertel - große Wohnblocks mit angrenzenden Seitenflügeln und Hinterhöfen, getrennt durch Brandmauern, die bei einem Feuer das Übergreifen auf das Nachbargebäude verhindern sollten. Die Fotografin Silvia Sinha hat sich mit diesen Mauern auseinandergesetzt.

Durch die Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges waren sehr viele Lücken und Brachen entstanden, die den Blick auf noch



Ausstellungsmotiv: Silvia Sinha nimmt die eigene Ästhetik von Brandmauern in den Blick.

verbliebene Brandmauern frei gaben. Seit dem Fall der Mauer verschwanden sowohl Brachen als auch Brandmauern immer mehr aus dem Stadtbild - nicht zuletzt in Folge des bis heute anhaltenden Sanierungs- und Baubooms für das sich im steten Wandel befindende Berlin.

Im Bewusstsein dieses Wandels erforscht Silvia Sinha die wenigen noch ursprünglich erhaltenen oder modernisierten Brandmauern. Dabei ordnet sie Interpretation und Ausdruck ihrer sehr eigenen Wahrnehmung und Auffassung von Ästhetik unter. **PM □**

➔ Ausstellungseröffnung „Brandmauern“ mit Fotografien von Silvia Sinha, 17.04.2015 um 19:00 Uhr, Wahlkreisbüro Dilek Kolat, Schmiljanstr. 17, 12161 Berlin-Friedenau